

J. M. Keynes und die Beschäftigungslehre der Klassiker

Von
Emil Körner - Port William/Schottland

I n h a l t s v e r z e i c h n i s : I. Keynes' Einwendungen gegen die klassische Beschäftigungstheorie offenbaren, daß er Smith's Wealth of Nations nur wenig, Malthus' Principles of Political Economy aber gar nicht kannte S. 36 — II. Adam Smith's Beschäftigungstheorie S. 37 — III. Malthus' Beschäftigungstheorie S. 41 — IV. „Freiheit im Rahmen des Freiheitsgesetzes“ als Voraussetzung der Beschäftigungstheorie aller Klassiker S. 49 — V. Erwartungstheorie und tatsächlicher Verkaufserlös als Grundlage der Keynes'schen Beschäftigungstheorie S. 54 — VI. Unrichtigkeit und Vieldeutigkeit seiner Einkommensdefinition S. 56 — VII. Die Ersparnis — Investitionsgleichung S. 58 — VIII. Ihre Untauglichkeit zur Lösung des Beschäftigungsproblems S. 61 — IX. Keynes' Außenhandelspolitik S. 64 — X. Keynes' Zinspolitik S. 68 — XI. Sättigungsphänomen und die daraus erwachsende Nötigung, neuartige Befriedigungsmittel zu beschaffen S. 72 — XII. Erhaltung der individuellen Freiheit durch Beseitigung der individuellen Investitionsfreiheit S. 75.

Vorbemerkung

Diese Studie ist als Ergänzung und Fortsetzung des im 1. Heft des 78. Jahrganges dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatzes „Der Juliusturm im Lichte der Einkommensgleichung“ gedacht.

Es gilt, durch sie die in seinem Abschnitte V aufgestellte Behauptung:

„Denn Keynes hat das Wesen der Einkommensgleichung offenbar nicht erfaßt, wenn ihm nicht einmal aufging, daß das Geldeinkommen, mit welchem er in seinen aus der Smithschen Einkommensgleichung abgeleiteten Gleichungsformeln operierte, nur ‚Einkommengeld‘ (im Sinne des Abschnittes II) entsprechen kann, und daß die Koexistenz anderen Geldes seiner Beweisführung die theoretische Grundlage entzieht, indem sie das Prinzip der Vollendung des Tausches der gesellschaftlichen Leistung gegen das gesellschaftliche Produkt vermittelst des gesellschaftlichen Geldeinkommens automatisch außer Kraft setzt (wie unter anderem auch das in Abschnitt III aufgestellte Beispiel der Geldschöpfung von 4 Milliarden Pfund-sterling gegen Wertpapierverpfändung bezeugt) . . . ; wenn er nicht begriff, daß das Einkommengeld seiner Gleichungsformeln notwendigerweise ‚preisneutral‘ ist (vgl. Abschnitt II) und infolge dieser Eigenschaft die ‚Quantitätstheorie des Geldes‘ (diese wissenschaftliche Grundlage der von Keynes befürworteten Geldpolitik!) ad absurdum führt, so daß . . . ; ja wenn er sogar den Weg vernachlässigte, der das Einkommengeld seiner Gleichungen mit dem ‚auf der anderen Mondseite‘ manipulierten ‚legalen Falschgelde‘ verbindet . . .“

auch mittels nicht monetärer Beweisgründe zu erhärten.

Um darüber hinaus auch die Einsicht in das Wesen der klassischen Einkommensgleichung:

„Das jährliche Einkommen jeder Gesellschaft ist immer genau so groß wie der Tauschwert des gesamten Jahreserzeugnisses ihrer Erwerbstätigkeit“ (Adam Smith) zu erleichtern, sei ihr Inhalt hier an dem vereinfachten Schema einer Schuhkalkulation gewissermaßen „en miniature“ veranschaulicht:

Produktive Leistungen:

der Arbeiter (Arbeitslohn)	\$ 1,025.000
der Sparer (Zins)	\$ 41.000
der Unternehmer (Profit)	\$ 74.000
Gesamtes Jahreserzeugnis: 100 000 Paar Schuhe zu je \$ 11,40	\$ 1,140.000

Hiernach bestimmen die für Arbeiter-, Sparer- und Unternehmerleistungen geforderten Preise den Preis „des gesamten Jahreserzeugnisses“, zeigt also auch die ‚Einkommensgleichung en miniature‘ an, daß Geldeinkommen nicht in Erscheinung zu treten vermag, ohne daß zugleich auch jene preisäquivalenten Gegenwerte existent werden, zu deren Bezug es berechtigt.

I.

J. M. Keynes schrieb die Adam Smithsche Fassung der Einkommensgleichung einsteils der angeblichen Tatsache zu, daß die Klassiker (im Gegensatze zu den Markantilisten) das Problem der Außenhandelsbilanz nicht nur nicht erkannten, sondern überhaupt ignorierten,

„indem sie in ihre Voraussetzungen Bedingungen einführten, die sein Nichtbestehen einschlossen; mit der Folge, daß sie eine Spaltung zwischen den Folgerungen der wirtschaftlichen Theorie und jenen des gesunden Menschenverstandes schufen“ (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, S. 296).

Andernteils aber machte er für diesen Erkenntnismangel die angebliche klassische Annahme verantwortlich,

daß das Angebot seine eigene Nachfrage schaffe (ebendort, S. 16 und 22);

daß „es eine Kraft gibt, die, wenn die Beschäftigung zunimmt, die Investition immer veranlasse, genügend zuzunehmen“ (ebendort, S. 26);

daß daher „jeder Einzelakt der Enthaltung vom Verbrauch notwendigerweise“ zu Verwendung der freigewordenen Kauf- und Arbeitskraft „für die Erzeugung von Kapitalgütern führen“ müsse (ebendort, S. 16), und daß, „wenn die Menschen ihr Geld nicht in der einen Weise ausgeben, sie es in einer anderen Weise ausgeben“ (ebendort, S. 17);

daß „die Menge der Beschäftigung sich von selbst auf das optimale Niveau einstellt, so daß es Zeitverschwendungen wäre, sich mit der Handelsbilanz abzugeben“ (ebendort, S. 287);

daß einer Vollbeschäftigung daher nicht nur keinerlei Hindernis im Wege stehe (ebendort, S. 23), daß es vielmehr überhaupt nur Vollbeschäftigung geben könne (ebendort, S. 160);

daß die klassische Doktrin dementsprechend „am besten als eine Theorie der Vollbeschäftigung betrachtet werden kann“ (ebendort, S. 14), zumal — normalerweise — nicht einmal die Möglichkeit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit bestehe;

daß hiernach jene „Arbeitslosigkeit, die eine schlechte Wirtschaftslage kennzeichnet, auf die Weigerung der Arbeiter zurückzuführen ist, eine Kürzung der Geldlöhne anzunehmen“ (ebendort, S. 8);

daß die Klassiker, welche solcherart die Arbeitsuchenden für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich machten,

„euklidischen Mathematikern in einer nichteuklidischen Welt gleichen, die entdecken, daß scheinbar parallele Linien sich in Wirklichkeit oft schneiden, und denen kein anderes Mittel gegen die sich ereignenden Zusammenstöße einfällt, als die Linien zu schelten, daß sie nicht gerade bleiben“ (ebendort, S. 14).

Dieser Versuch, die Geistesprodukte der Klassiker als naive Weltbetrachtung abzutun, läßt sich nur damit erklären, daß Keynes „The Wealth Of Nations“ nur ganz oberflächlich, die „Principles Of Political Economy“ von Robert Malthus aber überhaupt nicht gelesen hat und daß er sich darum auf das verlassen mußte, was andere über diese beiden Werke aussagen. Ich verweise diesbezüglich auf S. 56—75 in Band II meines früheren Werkes (Das Freiheitsgesetz als Mittel gegen Krieg und Armut, Europaverlag, Zürich 1949), indem ich die dortigen Ausführungen im Folgenden ergänze.

II.

A d a m S m i t h s Einkommensgleichung setzt nicht voraus, „daß die gesamten Erzeugniskosten unmittelbar oder mittelbar wieder ausgegeben werden müssen, um diese Erzeugnisse zu kaufen“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 16), sondern bloß, daß das durch Verkauf der produktiven Leistungen erzielte gesellschaftliche Geldeinkommen ausreicht, das gesellschaftliche Produkt zu kaufen. Sie ist nur ein Postulat, nicht aber — wie die Keynes'sche Einkommensgleichung — der ziffernmäßige Ausdruck eines bereits stattgefundenen Austausches der gesellschaftlichen Leistung gegen das gesellschaftliche Produkt.

Die wirksame Nachfrage nach Erzeugnissen, so lautete offenbar der zur Einkommensgleichung führende klassische Gedankengang, bewirkt in der arbeitsteiligen Geldwirtschaft einerseits den Kauf produktiver Leistungen, andererseits den Verkauf der durch sie hervorgebrachten Erzeugnisse. Da aber das Produktionsgeschehen mit dem Verkaufs-geschehen zeitlich nicht zusammenfällt (obgleich die „wirksame Nachfrage“, welche die Produktion verursacht, gleibedeutend ist mit Ver-

kauf), so läßt das gesellschaftliche Einkommen sich sowohl in seiner monetären als auch in seiner realen Gestalt nur durch das Produktionsgeschehen erfassen.

Über die Frage, was dem Erzeugniswert in der Zeit zwischen Fertigstellung des Produktes und Eingang des Produktenerlöses geschieht, brauchte Adam Smith sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Weil Bewegungen im ‚Tauschwert des Jahreserzeugnisses‘ sich in der Einkommensgleichung beiderseitig auswirken, gleichviel, ob sie sich auf schon verkauftes oder noch unverkauftes Warenbestände erstrecken, erschien es belanglos, ob der Verkaufserlös schon im Erzeugungsjahre oder erst später einkommt. (Werden z. B. in der auf S. 36 dargestellten ‚Einkommensgleichung en miniature‘ statt der ursprünglich geforderten \$ 11,40 nur \$ 11,— je Schuhpaar erzielt, so sinken eben beide Gleichungsglieder um je \$ 40.000 im Wert, wobei der Unternehmerlohn die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes besorgt, indem er von \$ 74.000 auf \$ 34.000 fällt.) Alle übrigen Probleme einer Beschäftigungstheorie aber, darunter auch die Frage der kausalen Beziehungen von Angebot und Nachfrage, von Verbrauch und Ersparnis, von Ersparnis und Investition, von Ersparnis und Verbrauch, von Kapitalmangel und Kapitalüberfluß, von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, usw. drängten sich in einer solchen auf die Beschäftigungsmenge basierten Einkommensgleichung gewissermaßen von selber auf.

Für den Klassiker Adam Smith bildete die Einkommensgleichung ursprünglich nur das Mittel zur Lösung des Rätsels, warum die Beschäftigungsmenge bzw.

„die Menge des jährlich aufgewendeten Fleißes notwendigerweise durch die jährliche Nachfrage reguliert wird“ (The Wealth Of Nations, I/153), obgleich es dem Interesse der Wirtschaftenden besser entspräche, die Beschäftigungsmenge ihrem Arbeitswillen anzupassen, zumal feststehe:

„Beschäftigte die Gesellschaft jährlich die ganze Arbeit, welche sie alljährlich zu kaufen vermag, so würde... das Produkt jedes folgenden Jahres einen unvergleichlich größeren Wert erlangen, als das des vorhergehenden“ (ebendort, I/69).

Als Erreger des Willens zu produktiver Arbeit betrachtete er den Einkommens- und Spartrieb der Leistenden. Da diese beiden Energiequellen aber in Bezug auf gewisse gesellschaftliche Erfordernisse versagen, sei dem Staate aufzuerlegen,

„diejenigen öffentlichen Werke und Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten, deren Schaffung... niemals im Interesse von Privatleuten liegen kann, weil der Profit draus einem Privatmann nicht die Kosten ersetzen würde, obgleich er der Gesellschaft oft mehr als die Kosten ersetzt“ (ebendort II/556).

Auf dieser Grundlage führte die Analyse des Beschäftigungsproblems dann zur Erkenntnis der beiden **B e s c h ä f t i g u n g s g r e n z e n**.

Die eine wird durch den „**L o h n f o n d s**“ gebildet. Hiernach ist in der arbeitsteiligen Geldwirtschaft die Produktionsmenge durch die Größe der Ersparnis beschränkt, vermag ein Kapital nicht mehr Arbeiter zu beschäftigen, „als es mit Materialien, Werkzeugen und Unterhalt versorgen kann“ (ebendort, II/30), besitzt „ein einzelnes Land, genau wie ein einzelner Mensch, häufig nicht genug Kapital, um . . . alle seine Ländereien anzubauen . . .“ (ebendort, S. 127)

und alle seine Arbeiter zu beschäftigen (ebendort, I/91 u. 93 f.), könne bei Fortschreiten der Arbeitsteilung und Maschinenvwendung „einer gleichbleibenden Anzahl Arbeitern nur dann dauernd Beschäftigung gegeben werden, falls auch ein gleicher Vorrat an Lebensmitteln und ein größerer Vorrat an Materialien und Werkzeugen im voraus . . . aufgehäuft worden ist“ (ebendort, II/2).

Mangel an Ersparnissen erkläre, warum

„der größte Teil des Kapitals jeder aufblühenden Gesellschaft zuerst auf den Landbau, dann auf die Gewerbe und zuletzt auf den auswärtigen Handel gelenkt wird“ (ebendort II/148).

Indem „Sparsamkeit den zum Unterhalt produktiver Arbeitskräfte bestimmten Fonds vergrößert“, ermögliche sie, daß auch die Beschäftigungsgröße wächst (ebendort, S. 92), bzw. daß „die Nachfrage nach produktiver Arbeit größer“ wird (ebendort, S. 112). Und daß „wir gewerbstätiger sind als unsere Vorfahren“, erkläre sich u. a. daraus, daß unsere „Fonds weit größer sind“ (ebendort, S. 87).

Die andere Obergrenze werde durch das **S ä t t i g u n g s p h ä n o m e n** gesetzt. Diesbezüglich lehrte der berühmte Denker:

„Der Reiche verzehrt nicht mehr Nahrung als sein armer Nachbar. An Qualität aber mag sie sehr verschieden sein. . . . Das Verlangen nach Nahrung ist durch das beschränkte Fassungsvermögen des menschlichen Magens begrenzt; aber das Verlangen nach Bequemlichkeiten und Schmuck bei Häusern, nach Anzügen, Ausstattung und Hausgerät scheint keine Grenzen zu haben. . . . Was nach Befriedigung des begrenzten Verlangens übrigbleibt, wird zur Sättigung desjenigen Verlangens ausgegeben, dem nie vollkommen genügt wird. . . . Daraus entspringt eine Nachfrage nach allen Arten Material, . . . nach edlen Metallen und Edelsteinen“ (ebendort, S. 221).

Und weil „infolge besserer Maschinen, größerer Geschicklichkeit, . . . eine weit geringere Menge Arbeit“ zur Erzeugung einer bestimmten Warenmenge erforderlich wird oder mittels der gleichen Arbeit eine weit größere Erzeugnismenge hervorgebracht werden kann, sei es „eine natürliche Wirkung der Kultur, den Preis fast aller Manufakturen allmählich zu vermindern“ (ebendort, S. 330) und Kaufkraft für andere Befriedigungsmittel freizusetzen. So müsse unter anderem z. B.

„die infolge zunehmender Bebauung zunehmende Fülle an Nahrungsmitteln notwendigerweise . . . die Nachfrage nach jenen Bodenprodukten vermehren, die nicht Nahrungsmittel sind“ (ebendort, S. 238).

In einem Staate, der Außenhandel betreibt, bilde solche Überfülle an sich keine Gefahr. Wenn dort

„die Produkte eines einzelnen Gewerbezweiges den Bedarf des Inlandes übersteigen, muß der Überschuß ins Ausland geschickt und gegen Dinge getauscht werden, nach denen im Inlande Nachfrage herrscht“ (ebendort, II/137).

Nur dieser Austausch überschüssiger eigener gegen fehlende fremde Produkte, nicht aber Aktivität der Handelsbilanz sei Außenhandelsziel.

Den gleichen Gedanken entwickelte Adam Smith auch unter dem Gesichtspunkte des Lohnfonds, wie folgt:

„Wenn der Kapitalvorrat eines Landes ... nicht mehr zur Gänze dazu verwendet werden kann, den (inländischen) Bedarf zu versorgen und die produktive Arbeit dieses Landes zu beschäftigen, so ergießt der überschüssige Teil sich naturgemäß in den Zwischenhandel, und wird dazu verwendet, dieselben Dienste anderen Ländern zu leisten“ (ebenort, S. 138).

Freier Außenhandel und freier Zahlungsverkehr entheben uns, so lehrte er, der Notwendigkeit, neue Befriedigungsmittel selbst zu ersinnen und zu produzieren. Auch ohne Exportüberschüsse und auch „ohne alle Aufmerksamkeit der Regierung“ werden sie uns z. B. „stets mit so viel Wein versorgen, als wir brauchen“ (ebendort, S. 208).

In einem Staate aber, der keinen Außenhandel betreibt oder in welchem der Außenhandel künstlich gehemmt wird, verhalte es sich freilich anders.

Falls die Ausdehnung der Inlandmärkte dort nicht mit der arbeitsteiligen und technischen Entwicklung Schritt halte, werden „Güter nicht so leicht Geld verschaffen, als Geld Güter verschafft“ (ebendort, S. 213), mögen „die Arbeitskräfte sich stärker vermehren als die Arbeitsgelegenheiten“ (ebendort, I/91), könne es vorkommen, daß viele Arbeiter selbst unter härtesten Bedingungen keine Beschäftigung finden (ebendort, S. 94). Denn das Sättigungsphänomen bewirke z. B.

„in einem Lande, wo es keinen auswärtigen Handel und keine feineren Manufakturen gibt, daß ein Mann mit 10.000 Pfundsterling Einkommen dieses Geld kaum anders verbrauchen kann als durch Unterhalt von 1000 Familien, die dann (als Lakaien) ... unter seinem Befehl stehen“ (ebendort, II/188).

Ebenso „müßte ein Teil der produktiven Arbeit aufhören“, falls die Ausfuhr durch Einfuhr- oder Zahlungsverbote oder andere Beschränkungen unmöglich gemacht werde (ebendort, S. 137) und die infolge Sättigung einzelner Abnehmer auf alten Produktionsgebieten freigesetzte Arbeits- und Kaufkraft nicht durch Erfindung, Erzeugung und Verkauf neuer Befriedigungsmittel im Inlande absorbiert zu werden vermag.

In einer mit Kapital ausreichend versorgten Wirtschaft sei darum Aufhebung aller Außenhandels- und Zahlungsverkehrsbeschränkungen das zuverlässigste Heilmittel gegen Wirtschaftsstörungen. Und wenn gar

„alle Nationen das liberale System der freien Ein- und Ausfuhr verwirklichen, so würden die verschiedenen Staaten . . . den verschiedenen Provinzen eines großen Reiches gleichen“,

das alle erdenklichen Güter erzeugt (ebendort, S. 351), so würde „die ganze Welt sich zu einem Markte für jede Art Arbeit erschließen“ (ebendort, S. 25).

Mit Keynes' Kenntnis des Adam Smithschen Werkes ist es also, wie ersichtlich, in der Tat nicht weit her.

III.

Was die „Principles Of Political Economy“ des Klassikers Robert Malthus anbelangt, ergibt die Richtigkeit meiner Feststellung (daß J. M. Keynes dieses Werk nicht gelesen hat) sich aus den folgenden Tatsachen:

1. Weder in der Keynes'schen Malthus-Biographie (enthalten in „Essays in Biography“), noch in der einige Jahre später veröffentlichten „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung“ ist auch nur eine einzige Stelle aus Malthus' „Principles of Pol. Economy“ wiedergegeben. Wohl aber reproduzierte Keynes auch in seinem späteren Werke die schon in der Biographie zitierten Stellen aus einem zwischen Malthus und Ricardo stattgefundenen Briefwechsel, obgleich Malthus' Argumente in seinen „Principles“ viel klarer, umfassender und doch bündiger formuliert worden waren.
 2. In der Malthus-Biographie gibt Keynes ausdrücklich zu, auf jene Korrespondenz erst von Piero Sraffa (dem Herausgeber der Ricardo-Gesamtausgabe) aufmerksam gemacht worden zu sein, bekennt er in Bezug auf die Beurteilung des Malthusschen Nachlasses, „free use of the common authorities“ gemacht zu haben, weil sein eigenes „reading“ dieser Werke „has been neither systematic nor exhaustive“ (ebendort, S. 95). Daß diese Kenntnis sich auch bis zu dem Zeitpunkte nicht vergrößert hat, in welchem Keynes die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung“ vollendete, ist aus ihren Fehlern klar zu ersehen.
 3. Obgleich insbesondere die in den ersten acht Abschnitten des letzten Kapitels von Malthus' „Principles Of Economics“ enthaltenen Thesen für die Beschäftigungstheorie überragende Bedeutung haben, berief Keynes sich ausschließlich auf den neunten Abschnitt dieses Kapitels mit der (offenbar von zweiter Hand hergeholt) charakteristischen Begründung:
- „In these letters Malthus was indeed only restating from his Principles Of Political Economy, published in 1820, the argument of Chapter VII, Section IX“ (J. M. Keynes, Essays In Biography, p. 145).
4. Hätte Keynes die „Principles Of Political Economy“ wirklich gelesen, so würde er niemals die Behauptung gewagt haben, Ricardo

habe gesiegt, weil der seine Lehren bekämpfende Malthus (im Gegensatz zu Ricardo)

„nicht deutlich erklären konnte (von einer Berufung auf allgemeine Erfahrungstatsachen abgesehen), wie und warum die wirksame Nachfrage unzureichend oder übermäßig sein könne“ („Allgemeine Theorie der Beschäftigung“, S. 27).

Vielmehr würde er gewiß Alfred Marshalls Ansicht geteilt haben, daß Ricardos

„argument is avowedly only provisional. . . He does not state clearly, and in some cases did not fully and clearly perceive how . . . the various elements govern one another mutually. . . And he was more guilty than almost anyone else of the bad habit of endeavouring to express great economic doctrines in short sentences. . . His exposition is as confused as his thought is profound; he uses words in artificial senses which he does not explain and to which he does not adhere; and he changes from one hypothesis to another without giving notice. . .“ (Principles Of Economics, p. 813 und 816),

und daß z. B.

„his treatment of wages seems less instructive than that in Malthus' Political Economy“ (ebendort, p. 550).

5. Und, nicht zuletzt, wäre, wenn Keynes die „Principles Of Political Economy“ gelesen hätte, seine eigene Beschäftigungstheorie zu ganz anderen Ergebnissen gelangt. Zumindest aber hätte er entdeckt, daß ihr Richtiges schon zur Gänze in Malthus' Werk enthalten war, während ihr Neues unrichtig ist.

Um das und zugleich auch die Ungereimtheit der Keyneschen Kritik der „klassischen Doktrin“ zu beweisen, genügt es, die im vorigen Abschnitte gebrachten Zitate aus dem „Klassiker“ Adam Smith durch Wiedergabe der folgenden Auszüge aus des Klassikers Robert Malthus „Principles Of Political Economy“ zu ergänzen:

„Adam Smith has stated, that capitals are increased by parsimony, . . . and that the increase of wealth depends upon the balance of production above consumption. That these propositions are true to a great extent is unquestionable . . . but it is quite obvious that they are not true to an indefinite extent, and that the principle of saving, pushed to excess, would destroy the motive to production . . . not only wealth derived from conveniences and luxuries would be quite at an end, but . . . the production of food would be prematurely checked. . . If production be in great excess above consumption, the motive to accumulate and produce must cease from the want of an effectual demand in those who have the principal means of purchasing; . . . and it follows clearly that no general rule can be laid down respecting the advantage to be derived from saving, or the division of property, without limitations and exceptions“ (p. 6—8). „If in given periods the produce exceeds the consumption . . ., the means of increasing its capital will be provided. . . If the consumption continually exceeds the produce, every succeeding period will see the society worse supplied, and its prosperity and population will be evidently on the decline“ (p. 41). „If the substitution of fixed capital were to take place much faster than an adequate market could be found, . . .

a slack demand for labour and distress among the labouring classes would be universally felt" (p. 238). „If the actual riches of a country ... be not after a certain period in some degree proportioned to its power of producing riches, this deficiency must have arisen from the want of an adequate stimulus to continued production. The practical question then for our consideration is, what are the most immediate and effective stimulants to the continued creation and progress of wealth?“ (p. 310).

Die weitverbreitete Meinung, Bevölkerungszuwachs reiche aus, um einen solchen Antrieb zu erzeugen, entbehre jeder Grundlage. Denn an sich werde

„the desire of any individual to possess the necessities, conveniences and luxuries of life, however intense ... avail nothing towards their production, if there be no where a reciprocal demand for something which he possesses. ... No fresh hands can be employed in any sort of industry merely in consequence of the demand for its produce occasioned by the persons employed. ... It is obvious then in theory that an increase of population, when an additional quantity of labour is not required, will soon be checked by want of employment and the scanty support of those employed ... and if any doubts should remain, they will surely be dissipated by a reference to experience. ... The slowest progress in wealth is often made where the stimulus arising from population alone is the greatest, that is, where the population presses the hardest against the actual limits of subsistence“ (p. 311 ff.).

Ebenso bestreitet Malthus die Ansicht,

„that although there may easily be a glut of particular commodities, there cannot possibly be a glut of commodities in general“.

Dieser Irrtum der Klassiker J. B. Say, David Ricardo und J. St. Mill sei einsteils darauf zurückzuführen, daß sie die Erzeugnisse betrachtet haben,

„as if they were mathematical figures or arithmetical characters ... instead of articles of consumption, which must of course be referred to the numbers and wants of the consumers. ... Their relation to each other may not have changed; but their relation to the wants of the society ... may have experienced a most important change“ (p. 315 f.).

Andernteils habe er seinen Ursprung in der Vorstellung, das Wirtschaftsgeschehen bestehe im Austausch von Erzeugnissen gegen Erzeugnisse. Da aber in Wirklichkeit meist produktive Leistungen gegen das gesellschaftliche Produkt ausgetauscht werden, sei ohne weiters möglich, daß viele von denen, die ihre Leistungen verkauften, wegen Sättigung, oder um zu sparen, keine Erzeugnisse kaufen, während andere, wegen ihrer daraus resultierenden Beschäftigungslosigkeit, den bestehenden Bedarf nicht zu befriedigen vermögen. Und allgemeine Überproduktion trete in einem solchen Falle ein, weil

„the number of labourers altogether being the same, and the power and will to purchase for consumption among landlords and capitalists being by supposition diminished, commodities would necessarily fall in value compared with labour, so as very greatly to lower profits, and check for a time further production“ (p. 316).

Zwar sei richtig, daß eine „new commodity thrown into the market ... is precisely calculated to increase demand...“.

Allein die große Schwierigkeit bestehe eben in der Erzeugung oder anderweitigen Herbeischaffung solcher neuartiger Befriedigungsmittel. Und „they certainly do not naturally and necessarily follow an accumulation of capital.... A country is always liable to an increase in the quantity of the funds ... faster than the increase of population. But if, whenever this occurs, there may be a universal glut of commodities, how can it be maintained, as a general position, that capital is never redundant ... and a glut can only be partial, not general?“ (p. 315—21).

„That an efficient taste for luxuries and conveniences... is a plant of slow growth, the history of human society sufficiently shows; and that it is a most important error to take for granted, that mankind will produce and consume all they have the power to produce and consume, and will never prefer indolence to the rewards of industry...“ (p. 321).

Als einen der schwersten wirtschaftswissenschaftlichen Fehler stigmatisierte Malthus die These, „that accumulation ensures demand“, indem er sie, wie folgt, glossierte:

„Upon this principle it is supposed that if the richer portion of society were to forego their accustomed conveniences and luxuries with a view to accumulation, the only effect would be a direction of nearly the whole capital of the country to the production of necessities, which would lead to a great increase of cultivation and population. ... It would be no sort of use to the farmer to go on cultivating his land with a view merely to give food and clothing to his labourers. ... If he did not choose to use it in the purchase of luxuries or the maintenance of personal services, it might as well be thrown into the sea. To save it, that is to use it in employing more labourers..., would be to impoverish both himself and his family, and render it impossible at a future time to obtain a large ... produce ..., without... dismissing half his labourers...“ (p. 325).

„But if this be so, surely it is a most important error to couple the passion for expenditure and the passion for accumulation together, as if they were of the same nature. ... It is not, of course, meant to be stated that parsimony ... is not often ... useful, and sometimes absolutely necessary. ... All that is contented for is, that no nation can possibly grow rich by an accumulation of capital, arising from a permanent diminution of consumption; because ...“ (p. 326).

Mithin sei auch die weitverbreitete Anschauung unrichtig, „that those who have food and necessities at their disposal will not be long in want of workmen, who will put them in possession of some of the objects ... desirable to them“ (ebendort, p. 332).

Um nämlich „desirable objects“, d. h. solche Dinge zu produzieren, in denen bei den Kaufkräftigen noch keine Sättigung vorherrscht, müssen sie erst erfunden worden sein. Wäre dies und auch ihre Erzeugung „so easy a matter, our ancestors would not have remained for many hundred years so ill supplied with them, and been obliged to expend the main part of their raw produce in the support of idle retainers ...“.

Selbst Erfüllung dieser Voraussetzung brauche noch nicht zu genügen. Reiche sie doch nicht aus, um den Absatz neuartiger Erzeugnisse zu sichern. Zwar sei unbestreitbar,

„that the less time the individual workman is employed in procuring food, the more time will he be able to devote to the procuring of conveniences and luxuries“.

Allein ebenso unbestreitbar ist, daß

„it is the want of necessities which mainly stimulates the labouring classes to produce luxuries; and were this stimulus . . . weakened, so that the necessities of life could be obtained with very little labour, instead of more time being devoted to the production of conveniences . . . less time would be so devoted . . .“ (p. 332 ff.).

In der Tat sei

„the greatest of all difficulties in converting uncivilized and thinly peopled countries into civilized and populous ones, is to inspire them with the wants best calculated to excite their exertions in the production of wealth“ (p. 403).

Diesbezüglich beruft Malthus sich auf die in Humboldt's „Essai Politique Sur La Nouvelle Espagne“ berichteten Erfahrungen, indem er aus ihnen folgert:

„That the power of supporting labour may exist to a much greater extent than the will. That the time in working for conveniences and luxuries is not always great in proportion as the time employed in working for food is small. That the deficient wealth of a fertile country may be more owing to want of demand than want of capital. And in general, that fertility of soil alone is not an adequate stimulus to the increase of wealth“ (p. 344).

In solchen Ländern sei darum „prior to the increase of capital and population“ eine wirksame Nachfrage für Luxusgüter zu entwickeln (p. 328).

Was aber ist zu tun, so fragt er, solange eine solche Entwicklung nicht stattgefunden hat? Wohin

„. . . are we to look for the consumption required but among the unproductive labourers of Adam Smith?“ (p. 406).

Hier seien „unproduktive Leistungen“ im Interesse der Aufrechterhaltung eines gegebenen Wohlstandes unabweislich, werden sie gewissermaßen „produktiv“. Denn hier könne beispielsweise der Bau großer Paläste für die Reichen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht genügen, falls nicht auch ausreichend viel Dienstpersonal zur Verfügung steht, um die Vermögenden zu ihrer Errichtung zu stimulieren. Angesichts der Tatsache, daß

„no persons possessing incomes above five hundred pounds . . . would be inclined to have such houses, furniture, clothes, carriages and horses . . ., if they were obliged to sweep their own rooms, brush and wash their own furniture and clothes, clean their own carriages . . .“,

sind

„menial servants absolutely necessary to make the resources . . . of society efficient in the demand for material products“ (p. 408).

Ganz abgesehen davon, daß

„a fertile soil and an ingenious people cannot only support without injury a considerable proportion of consumers not directly productive of material wealth, but may absolutely require such a body, in order to give effect to the powers of production“ (p. 399),

sei klar, daß Anstellung solchen Dienstpersonals an sich „tends to keep up and increase the value of produce by favoring its distribution“ (p. 399).

Und ähnliche Wirkungen werde auch die Unterhaltung einer Armee, die Anwerbung von Seeleuten und die Beschäftigung von Staatsbeamten zeitigen, die alle „contribute powerfully to distribution and demand“ und gelegentlich „ensure that effective consumption which is necessary to give the proper stimulus to production“ (p. 409).

Aber just weil es zwecks Erreichung des optimalen Ziels nötig ist, die Nachfrage entsprechend zu beeinflussen, sei es „the height of rashness“ zu behaupten, daß auch „the sudden diminution of a national debt and the removal of taxation must necessarily tend to increase the national wealth and provide employment for the labouring classes“ (p. 411).

Weit eher könne die beabsichtigte Wirkung durch Erhöhung der Staatsschuld zwecks Beschäftigung von Arbeitslosen „in those kinds of labour, the results of which do not come for sale into the market, such as roads and public works“ erzielt werden.

Selbst die den Fortschritt auf alten Produktionsgebieten bewirkenden Erfindungen hängen, so lehrt er, meist von der Nachfrage ab. Diese Nachfrage gründet sich auf den Wettbewerb der Unternehmer, bzw. darauf, daß „the interest of individual capitalists uniformly prompts them to the saving of labour, in whatever business they are engaged“ (p. 370).

Freisetzung von Arbeits- und Kaufkraft finde in solchen Fällen nur insoweit statt, als die bewirkte Produktionssteigerung zu teilweiser Sättigung des Bedarfs führt, bzw.

„when the commodity to which machinery is applied is not of such a nature that its consumption can extend with its cheapness . . .“.

Und es sei dann unvermeidlich, daß „there would, in this case, be a certain number of ten thousand pounds, and the men employed by these capitals, thrown out of employment“ (p. 352 f.), die dann zu Erzeugung neuer Befriedigungsmittel und der hierfür erforderlichen Produktionsausrüstung verwendet zu werden vermögen.

Das Problem der „Not im Überfluss“ wird von Malthus an Hand des durch die überreiche Ernte in 1816 ausgelösten Geschehens unter anderem, wie folgt, analysiert:

„But if the farmer sold his produce for only two thirds of the price at which he had before sold it, while the money price of labour had not fallen, it is evident that he would be quite unable to command the same quantity of labour, and to employ the same quantity of capital on his farm as he did the year before. And when afterwards a great fall of money prices took place in almost all manufactured products, occasioned in a considerable degree by this previous fall of raw produce, it is evident that if the price of labour had not fallen, or not

in proportion, so large a quantity of produce would be required to pay the labourer, that the manufacturer would be unable to employ the same number of workers as before. In the midst of plenty of necessaries... the labouring classes may be thrown out of work, if these necessaries are not in the hands of those who are... able and willing to employ an adequate quantity of labour" (p. 386 f.).

An sich aber bilde Erzeugnispreissenkung durchaus keinen Lohnsinkungsgrund. Denn selbst ein großer Preisfall in Erzeugnissen (z. B. infolge Kostensenkung durch Maschinenverbesserung) erscheine

„perfectly compatible with a continued and great increase, not only in the exchangeable value of the whole produce of the country, but even in the exchangeable value of the whole produce of these particular articles themselves“ (p. 394).

Auf Grund aller dieser Betrachtungen zieht Malthus den Schluß:

„It is unquestionably true that wealth produces wants; but it is a still more important truth, that wants produce wealth. Each cause acts and re-acts upon the other, but the order, both of precedence and importance, is with the wants which stimulate to industry; and with regard to these, it appears that, instead of being always ready to second the physical powers of man, they require for their development „all appliances and means to boot“...“ (p. 403).

Bisher erscheinen nur die den Innenhandel betreffenden Lehren Malthus' wiedergegeben. Sie haben gewissermaßen bloß für die (z. B. durch Blockade) vom Auslande isolierte Wirtschaft Geltung. Die Einbeziehung des Außenhandels führt dann naturgemäß eine grundlegende Änderung der Sachlage insofern herbei, als sie gleichbedeutend ist mit der Lösung des Beschäftigungsproblems. Und diese Wirkung wird in der Tat erzielt, indem auch Malthus jene von Keynes beanstandeten Bedingungen in die Voraussetzungen des Außenhandels einführt, „die das Nichtbestehen eines Außenhandelsproblems einschlossen“ (vgl. das Keynes-Zitat im 1. Satz von Abschnitt I).

Dessenungeachtet handelt es sich nicht um einen Trick. Denn die „eingeführte Bedingung“ bildet die wichtigste und also legitime Voraussetzung der Laissez-faire-Doktrin, nämlich: wirtschaftliche Freiheit innerhalb der gesetzlichen Freiheitsgrenze im allgemeinen. Und im besonderen, d. h. was den Außenhandel anbelangt, wird Malthus' Stellungnahme zur Freiheit der Preisbestimmung und zur Freiheit der Wechselkursbildung durch die folgende Betrachtung veranschaulicht:

„Supposing the price of English common labour to be... 2 shillings, and of continental labour... 16 pence,... it is quite obvious, that without some peculiar advantage to balance the price of our labour, we could not possibly maintain our exchanges, and could not, in fact, export a single yard of cloth or calico, till the exchanges had against us a sufficient time to raise the value of money and lower the money prices of labour to the level of the principal countries with which we are connected in commerce“ (p. 105).

Zur eigentlichen Lösung des Einkommensgleichungs- und Beschäftigungsproblems durch den Außenhandel gelangt Malthus aber erst auf Grund der Frage

„If, in order to try the principle we were... to suppose that... we could by means of machinery obtain all the commodities at present obtained at home, with one third of the labour now applied: is it in any degree probable that the mass of vacant capitals could be advantageously employed, or that the mass of labourers thrown out of work could find the means of commanding an adequate share of the national produce?“

eine Frage, die er, wie folgt, selbst beantwortete:

„If there were other foreign trades which, by means of the capital and labour thrown out of employment, might be greatly extended, the case would be at once altered, and the returns of such trade might furnish stimulants sufficient to keep up the value of the national income. But, if only an increase of domestic commodities could be obtained, there is every reason to fear that the exertions of industry would slacken. The peasant, who might be induced to labour an additional number of hours for tea or tobacco, might prefer indolence to a new coat...“ (p. 354).

Einesteils stehe fest,

„that the state of this country would have been totally different from what it is, if the same ingenuity had been exercised in the invention of machinery, without the same extension of the market for the commodities produced...“.

Andernteils aber müsse bezweifelt werden,

„whether, at the present moment, upon the supposition of our foreign intercourse being interrupted, we should be likely to find efficient substitutes for teas, coffee, sugar, wines, silks, indigo, cottons, etc. ...“ (p. 357),

leuchte ein, daß

„if we could not export our cottons, ... we might have the power, we should not have the will, to consume them all ourselves. ... The quantity produced therefore would be greatly diminished“ (p. 359).

In diesem Sinne bilde Export das Mittel zur Beschaffung jener ausländischen Güter, an denen es im Inlande fehlt, Import aber den Antrieb zu Aufrechterhaltung der inländischen Vollbeschäftigung und Erzielung des Optimaleinkommens. Also gehe es nicht an, den Außenhandel lediglich als Mittel zur Beschaffung billigerer Waren zu betrachten. Denn

„this is only looking to one half of its advantages, and... not the larger half. If we could not import our silk and indigo, our tea, etc. ..., it is quite certain that we should not have them at all. To estimate the advantage by their cheapness... would be perfectly preposterous“ (p. 396 f.).

Produktion und Distribution seien eben die zwei entscheidenden Elemente der Einkommensbildung,

„which, combined in their due proportions, are capable of carrying the riches... to the utmost limits of its possible resources; but which taken separately, or combined in undue proportions, produce only, after the lapse of many thousand years, the scanty riches..., which are at present scattered over the globe...“ (p. 371).

Und darum könne die eigentliche Frage nur lauten,

„whether under the actual habits and tastes of the society, any number of persons who might be inclined to save and produce, if they suited their produce to these habits and tastes, would secure...such a demand for all they could bring into the market as to prevent the possibility of a glut“ (p. 321)?

Eine direkte Antwort hat Malthus nicht gegeben. Anscheinend sieht er — das Vorhandensein ausreichender Einkommen und Ersparnisse vorausgesetzt — den Schlüssel zum Problem ‚Anpassung der Nachfrage an unseren Fleiß‘ in der Herbeischaffung jener ausländischen Waren, die wir selbst zu erzeugen nicht imstande sind. Denn, so meint er,

„there is no magic in foreign markets. The final demand and consumption must always be at home. And if (the imported) goods could be produced at home . . . , foreign markets would be useless“ (p. 359).

IV.

Ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Annäherungsweise, der Methoden, des Gründlichkeitgrades der Analysen und ihrer Anschauungen über Sparen bzw. Horten (vgl. Abschnitt IV in „Der Juliussturm . . .“) gelangten Adam Smith und Robert Malthus im großen ganzen zum gleichen Resultat, das sich in Kürze, wie folgt, formulieren läßt:

„Die gesellschaftliche Beschäftigungsmenge und das gesellschaftliche Einkommen sind durch die Kapazität der gesellschaftlichen Produktionsmittel, die Größe des für Lohnauszahlung verfügbaren Vermögens und den bei den einzelnen Wirtschaftenden jeweils erreichten Sättigungsgrad begrenzt. Sättigung auf alten Produktionsgebieten ist eine natürliche Folge organisatorischen und technischen Fortschritts. Wird die durch Sättigung und Erzeugnisverbilligung freigesetzte Arbeits- und Kaufkraft nicht durch neuartige Befriedigungsmittel (bzw. durch die zu ihrer Herstellung erforderlichen Produktionsmittel) aufgesaugt, so treten Wirtschaftsstörungen ein. Ein unfehlbares Aufsaugemittel bildet der freie Außenhandels- und Zahlungsverkehr.“

Mithin ist, was Smith und Malthus anlangt, die Folgerung, „daß die Grundlage, auf der alle wirtschaftlichen Lehren seit Adam Smith beruhten, nämlich, daß die jährlich erzeugte Menge durch die Gesamtheit der verfügbaren Naturkräfte, Kapital und Arbeit bestimmt wird, irrtümlich ist“ (Hobson and Mummary, *Physiology Of Industry*, pp. III—V),

auf welche J. M. Keynes sich zur Erhärtung seiner eigenen Beschäftigungstheorie beruft, nicht aus der klassischen Lehre, sondern aus den Fingern gesogen.

Aber haben nicht die übrigen „Klassiker“ anderes gelehrt? Trifft, was Keynes den „Klassikern“ schlechthin vorhält, nicht wenigstens für Ricardo, Bentham, J. St. Mill und J. B. Say zu, obgleich auch sie ihre Einsicht aus einer Einkommensgleichung geschöpft haben, die das Leistungspreispostulat der vollbeschäftigte Wirtschaft verkörpert?

Selbst wenn es sich so verhielte, wäre J. M. Keynes im Unrecht, erschien es unzulässig, die Fehler einzelner Klassiker ihrer Gesamtheit zuzuschreiben. Diesbezüglich sei auf mein früheres Werk verwiesen, wo es (auf S. 63, Bd. II) heißt

„Wie kann die klassische Theorie als solche aus dem Grunde ‚zusammenfallen‘, weil eine von ihren Gründern bekämpfte Doktrin sich als falsch erweist? Oder gehören am Ende nur Ricardo und Say, nicht aber auch Smith und Malthus zu den klassischen Ökonomen? Ist, was die letzteren vortrugen, nicht auch klassische Theorie?“

Doch verhält es sich gar nicht so! Denn auch Jeremy Bentham, David Ricardo, ja sogar J. St. Mill und J. B. Say haben im Grunde nicht anderes gelehrt als Adam Smith und Robert Malthus. Teilweise aber auch nicht im besonderen!

So führte z. B. Jeremy Bentham (den Alfred Marshall als „the most influential of the immediate successors of Adam Smith“ bezeichnete) in „Institute Of Political Economy Writings“ (vol. III, p. 331) aus

„If a quantity of wealth which, before the encrease of efficiency, required a year’s labour of 2000 men, be now produced by a year’s labour of 1000 men, there remains the year’s labour of 1000 men, which, when employed in the same way, . . . will produce a fresh mass of wealth equal to the original one . . . But this supposes that the number of hands thus rendered superfluous with regard to the production of the given quantity of work, are employed . . . If not employed at all, no encrease at all in the quantity of wealth will be brought about . . . It follows that opposition to machinery is well grounded, if no care be taken to provide immediate employment for the discharged hands.“

So stellt Ricardo seinen früheren „Irrtum“ betreffs der Möglichkeit von Arbeitslosigkeit nachdrücklichst dahin richtig, daß unter gewissen Umständen

„Erfindung und Gebrauch von Maschinen . . . einen Teil der arbeitenden Klasse überzählig machen wird“ (Grunds. d. Volksw. u. d. Besteuerung, S. 399 u. 402).

So schrieb auch J. St. Mill unter anderem:

„Daß die Erwerbstätigkeit durch Kapital begrenzt ist, berechtigt nicht zur Annahme, daß sie immer diese Grenze erreicht. Kapital kann zeitweise unbeschäftigt sein, wie z. B. dann, wenn Güter unverkäuflich sind oder Fonds keine Anlage gefunden haben . . . Oder wenn man nicht genug Arbeiter bekommen kann . . . Während einerseits Erwerbstätigkeit durch Kapital beschränkt ist, gibt andererseits jede Vermehrung des Kapitals der Erwerbstätigkeit mehr Beschäftigung oder kann sie wenigstens geben (Grunds. d. Pol. Ök., I/98 f.). Das Argument, daß Maschinen den arbeitenden Klassen niemals nachteilig sein können, . . . hat nicht das Gewicht, welches ihm gelegentlich zugeschrieben wird“ (I/145). Der Knappheit auf der einen und . . . der Übersättigung

des Marktes auf der anderen Seite unterliegen alle Waren (II/107). Fabriken werden gebaut und Maschinen aufgestellt über das hinaus, was die Marktlage erfordert oder in Beschäftigung halten kann . . . Unternehmungen werden geschlossen oder ohne Gewinn in Betrieb gehalten, Arbeiter werden entlassen und in allen Bevölkerungsklassen finden sich zahlreiche Personen . . . ihres Einkommens beraubt. Solcherart sind die Wirkungen einer Handelskrise (II/370 f.).

Der Wechselkurs bedeutet die Kraft, die das Geld eines Landes hat, das Geld anderer Länder zu kaufen (II/193). Es zeigt sich, daß die Entwertung des Geldes den Handel eines Landes mit dem Ausland nicht berührt . . . Aber wenngleich der Handel nicht berührt wird, so doch der Wechselkurs“ (II/222).

Und so legte schließlich J. B. Say seinen berüchtigten Lehrsatz so aus:

„Allerdings muß man, wenn ein Produkt die Bedürfnisse an Quantität überschreitet, eine andere Beschäftigung zu ergreifen wissen . . . Alles, was produziert wird, wird auch konsumiert. Allein wenn ein Produzent aus Unwissenheit oder Irrtum eine Sache erzeugt, die niemand begeht, so ist sie eben kein Produkt . . .“ (Ausführl. Lehrbuch d. prakt. polit. Ökonomie, I/240 und III/255).

Im übrigen ist das, was J. M. Keynes aus den Schriften der vorwähnten Klassiker zitiert, auch unabhängig vom Inhalt der oben reproduzierten Sätze völlig ungeeignet, das Gegenteil zu beweisen.

Wie die ‚Keynesian‘, so war auch die ‚klassische‘ Revolution auf Änderung der als unzweckmäßig oder schädlich betrachteten volkswirtschaftlichen Institutionen gerichtet. Der einzige Unterschied besteht darin, daß Keynes die bestehende Freiheit, Adam Smith aber den bestehenden Zwang verringern wollte. Wer, wie Keynes und die Klassiker, „unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse“ (eine von Keynes häufig gebrauchte Phrase) verbessern will, muß, um die Wirkungen der geplanten Änderung absehen zu können, die Ursachen einsehen, die den unbefriedigenden Zustand herbeiführten.

Als entscheidende Ursache betrachteten die Klassiker die dem Einkommenstreben entgegengestellten künstlichen Hindernisse. Was der Mensch errichten kann, kann er auch zerstören. Und mit der Beseitigung jener lästigen Hemmungen würden auch die durch sie geschaffenen Probleme beseitigt erscheinen.

Anscheinend war es just diese letztere Erwägung, die den Grundgedanken der Laissez-faire-Doktrin gebar: *individuelle Freiheit innerhalb der staatlich geschützten allgemeinen Freiheitsgrenze*. Nur scheinbar war diese Freiheit ein negativer, der Verneinung unseres Wollens durch staatlichen Zwang entgegengesetzter Begriff. Denn in Wirklichkeit postulierte sie etwas Positives, nämlich „Beseitigung aller bestehenden künstlichen Hindernisse (nicht anders als das ‚Bedürfnis‘ Beseitigung bestehender Unlustgefühle postuliert!). Die ‚freie Wirtschaft‘ der klassischen Theorie ist mithin nicht ein abstrakter, sondern ein konkreter Begriff und nichts weniger als ein ‚Wolkengebilde ohne Realität‘ . . .

Weil unsere Vorstellungskraft sich viel fruchtbarer erweist, wenn wir uns in den gewollten höheren Zustand der Volkswirtschaft hineindenken und gezwungen sind, uns unaufhörlich von ihm ein Bild zu machen, befaßten die Klassiker sich vorzugsweise mit einer Welt, in der jene hindernden Bedingungen fehlen und der Wirtschaftende ungehemmt von Furcht und Zwang zu handeln vermag. Das war um so leichter, als das Wegdenken bestehender Hindernisse eigentlich schon in ihrer Beurteilung als Hindernisse durch den Anschauenden enthalten erscheint. Betreffs der unschätzbaren Vorteile dieses Verfahrens legte ich in meinem früheren Werke dar:

„Unter dieser Voraussetzung ist es in der Tat möglich, aus dem Geschehen und seinen Besonderheiten allgemeine Begriffe und Gesetze von zeitloser Geltung abzuleiten und, durch Zurückführung auf die einfachen Elemente, umgekehrt das besondere Einzelne zu begreifen, ja sogar vorauszubestimmen. Oder, um noch präziser zu sein: da in einer unter dieser einzigen Bedingung betriebenen Wirtschaft das Geschehen geradezu zwangsläufig bestimmt ist, so wird die Wirtschaftswissenschaft dort geradezu Naturwissenschaft.“

Aber eben nur unter dieser Bedingung! Die dem Freiheitsgesetz unterworfenen, ansonsten aber völlig unbegrenzte Freiheit ist für die Wirksamkeit der wirtschaftlichen ‚Naturgesetze‘ unerlässlich. Denn Naturgesetze sind sie auch insofern, als sie nur in Kraft zu treten vermögen, wenn die hierfür natürlicherseits vorgesehene Bedingung erfüllt ist. Ohne Freiheit und Freiheitsschutz müssen sowohl sie als auch wir versagen. Freilich kann man das Wesen des Löwen auch am gefangenen Tier studieren. Aber die Ergebnisse betreffen dann ein anderes Geschöpf. Beim Menschen kommt noch hinzu, daß es nur eine Freiheit gibt, aber ungezählte Arten von Unfreiheit. Mit jener entfällt in unserer durch Staatssouveränität, Parteiwirtschaft, Rassenprivileg und nationale Vorurteile zerklüfteten Gattung das Vergleichsobjekt. Um das tatsächliche Geschehen in den verschiedenen Wirtschaften dennoch auf den gleichen Freiheitsnener zu bringen, erscheint es daher unerlässlich, es wenigstens gedanklich in eine ‚richtige‘ Freiheitssphäre zu versetzen. Das ist um so leichter, als die staatlich beschützte Freiheit des Individuums selbst in ‚totalitären‘ Staaten auf wichtigen Lebensgebieten verwirklicht ist (z. B. gibt es überall eine Fahrordnung, Gesetze gegen Diebstahl, Raub und Mord, . . . Geld-, Rechts- und Gesundheitsordnungen, usw., ferner zollfreie Ein- und Ausfuhr gewisser Erzeugnisse usw.). Freilich bietet dieses Verfahren keine ideale Lösung. Aber wer es beanstandet, möge bedenken, daß es der Wirklichkeit am nächsten kommt, selbst wenn ‚Freiheit innerhalb der Freiheitsgrenze‘ nicht erreichbar, sondern nur ein Luftschorß wäre (was doch unmöglich behauptet werden kann). Wer die Wirtschaftsgesetze an Hand des tatsächlichen Geschehens erforschen will, kann gar nicht anders, als von allen Zwangseinrichtungen zu abstrahieren, durch welche ihre Wirksamkeit außer Kraft gesetzt oder auch nur beeinträchtigt wird. Andernfalls würde er zu Scheinergebnissen gelangen. Zumaldest bliebe die Frage offen, ob das Ergebnis nicht Wirkung ist der besonderen Unfreiheit, innerhalb welcher der beobachtete Vorgang sich abspielte“ (Band I, S. 15 f.).

Eine unmittelbare Folge dieser Methode war das, was J. M. Keynes den Klassikern vorwirft, statt sie dafür zu rühmen, nämlich: daß ihr Freiheitsgesetz unter anderem das Außenhandelsbilanzproblem zur Gänze, das Beschäfti-

gungsproblem unter gewissen Umständen zumindest teilweise verschwinden möchte (vgl. das Keynes-Zitat in Abschn. I). Für seine Beschuldigung, daß die klassische Schule — im Gegensatz zu der mercantilistischen — das Bestehen des Außenhandelsproblems „ignoriert“ habe (Allgem. Theorie d. Besch., S. 296), fehlt offenbar jedwede Grundlage. Keynes verschweigt wohlweislich, daß Verkehrsfreiheit im weitesten Sinne die selbstverständliche Voraussetzung ihrer Lehre bildet, deren Geltung also an die Bedingung ‚Freiheit von Import, Export und Wechselkursbildung‘ geknüpft ist.

Zwar hört, nach J. St. Mill,

„eine Torheit nicht auf, Torheit zu sein, weil man die scheinbaren Gründe entdeckte, die sie annehmbar machen“ (Grunds. d. Pol. Ök. I/S. 8).

Doch war einsteils zu beweisen, daß Verkehrsfreiheit töricht ist. Und andernteils lag gerade J. M. Keynes, der seine Beschäftigungstheorie nur darum eine „allgemeine“ nannte,

„weil die Postulate der klassischen Theorie nur in einem Sonderfall, nicht aber allgemein gültig sind“ (Allg. Theorie d. Besch., S. 3),

die Verpflichtung ob, alle Umstände des angeblichen „Sonderfalles“ zu beschreiben und mit „denjenigen unserer gegenwärtigen Verhältnisse“ (ebendort) zu vergleichen. Genau wie er die eigenen Thesen mit Hinweisen auf die „Zustände des Laissez-faire“ oder auf „die bestehenden Zustände“ und „die bestehenden Wirtschaftsformen“ unterbaute, hatte er in seiner Polemik gegen die „klassische Schule“ darzulegen:

daß und warum, gemäß der Laissez-faire-Doktrin, Freiheit des Außenhandels, des Zahlungsverkehrs und der Zahlungsmittelmärkte ausreicht, um Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsmangel, Exportüberschüsse und Exportdefizite zu verhindern, sofern der Lohnfonds zu Vollbeschäftigung ausreicht;

daß und warum die in „den bestehenden Zuständen“ zur allgemeinen Übung erhobene fallweise Goldaufwertung von den Klassikern als ein „to cover the disgrace of a real bankruptcy“ bestimmter „very juggling trick“ verschrien wurde (The Wealth of Nations, II/413);

daß und warum sie die jetzt praktizierte Aufhebung der Wechselkursfreiheit, die gesetzliche Fixierung des Wechselkurses, Goldablieferungspflicht und Devisenkontrolle u. dgl. m. perhorresziert und als Ursache unserer Wirtschaftsstörungen einschließlich der Arbeitslosigkeit betrachtet hätten;

daß darum nicht das von ihnen befürwortete Laissez-faire-Prinzip, sondern nur der von ihnen bekämpfte Mercantilismus dafür verantwortlich ist, wenn

„die City of London allmählich die gefährlichste Technik für die Erhaltung des Gleichgewichtes ausarbeitete, die man überhaupt ersinnen kann, nämlich die

Technik, die Bankrate mit einer starren Parität der auswärtigen Wechselkurse zu kuppeln“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 287).

Zwar haben auch die Klassiker das Wesen der Einkommensgleichung nicht völlig eingesehen, da sie die Divergenz von Tauschwert und Preis, auf welcher meine Wert-, Preis-, Geld-, Außenhandel- und Beschäftigungstheorie sich aufbaut, unbeachtet ließen. Zwar haben auch sie darum nicht alle zur restlosen Lösung des Beschäftigungsproblems erforderlichen Voraussetzungen erfüllt. Aber dessenungeachtet wurde dieser folgenschwere Fehler von Keynes nicht gerügt. Warum? Er war auch ihm unterlaufen! Und das gleiche trifft hinsichtlich der von Ricardo angeregten (auf S. 39 meines Juliusturm-Aufatzes erörterten) Fixierung des Goldpreises zu, die dann — ganz folgerichtig — zu Fixierung der Wechselkurse führen mußte, obgleich sowohl das eine wie das andere der Laissez-faire-Doktrin widerspricht.

V.

Hat Keynes das Wesen der klassischen Einkommensgleichung erfaßt? Der wichtigste unter den Beweisgründen dafür, daß J. M. Keynes in das Wesen der klassischen Einkommensgleichung nicht eingedrungen ist, wird durch seinen mißglückten Versuch geliefert, sie und — mit ihr — seine Beschäftigungstheorie auf den Verkaufserlös der während eines Produktionsabschnittes abgesetzten Erzeugnisse dieses selben Abschnittes zu basieren. Und daß er hierbei bald mit dem tatsächlichen, bald mit dem erwarteten Verkaufserlös, ja manchmal sogar mit der Beschäftigungsmenge operierte, wobei er das eine Mal die Erwartungen der Verkäufer, das andere Mal aber die Erwartungen der Käufer im Auge hatte, machte selbst Gutes böse, indem sein widerspruchsvolles und zweideutiges Verfahren nicht nur die Leser, sondern auch ihn selbst in einem Meer von Zweifel ertränkte.

In bewußtem Gegensatze zu den Klassikern legte Keynes seiner Beschäftigungstheorie nämlich nicht die wirksame Nachfrage der Käufer, sondern die Erwartungen der Unternehmer-Produzenten zugrunde. Weil „Erwartung den einzigen Daseinsgrund der Beschäftigung bildet“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 177), bleibe dem Unternehmer einfach

„keine andere Wahl, als sich durch diese Erwartungen leiten zu lassen, wenn er überhaupt durch Zeit beanspruchende Verfahren produzieren will“ (ebendort, S. 41), spiele insbesondere die „Erwartung des Erlöses“ eine große Rolle, „welche die Unternehmer gerade noch veranlaßt, diese Beschäftigung zu geben“ (ebendort, S. 20). Ein überragender Einfluß auf die Beschäftigungsmenge und — innerhalb derselben — auf das Ausmaß der Investitionen komme der Erwartung des Zinsfußes zu, indem z. B. die

„Erwartung einer künftigen Senkung des Zinsfußes die Wirkung haben wird, die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu erniedrigen; denn sie bedeutet, daß die Produktion von heute erzeugter Ausrüstung . . . mit der Produktion von Ausrüstung zu konkurrieren haben wird, die sich mit einem niedrigeren Ertrag begnügt“ (ebendort, S. 121).

Was den Einfluß der Erwartung des Ertrages auf die Beschäftigungsmenge im allgemeinen und auf die Investitionstätigkeit im besonderen anbelangt, sei „die hervorstechende Tatsache“ in der „äußersten Fragwürdigkeit der Wissensgrundlage“ zu erblicken (ebendort, S. 126), „auf der unsere Schätzungen des voraussichtlichen Ertragsnisses gemacht werden müssen“. Und nicht zuletzt sind, so lehrte er, auch Erwartungen von Geldwertänderungen für die Gestaltung der Beschäftigungsmenge von großer Bedeutung, indem z. B.

„die Erwartung einer Senkung des Geldwertes die Investition und folglich die Beschäftigung im allgemeinen anregt, weil sie die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erhöht“ (ebendort, S. 119).

Und weil es im allgemeinen üblich sei,

„die gegenwärtige Lage zu nehmen, sie in die Zukunft zu verlängern und nur in dem Maße abzuändern, in welchem wir mehr oder weniger bestimmte Gründe für die Erwartung einer Änderung haben“ (ebendort, S. 125),

erscheine

„die Grundlage der Erwartungen sehr fragwürdig. Da sie sich auf wandelbares und unzuverlässiges Beweismaterial stützen, sind sie plötzlichen und heftigen Änderungen unterworfen“.

Insbesondere liege es

„in der Natur organisierter Investitionsmärkte, welche unter dem Einfluß von Käufern stehen, die größtenteils nicht wissen, was sie kaufen, und von Spekulanten, denen es mehr darauf ankommt, den nächsten Wandel der Marktstimmung vorauszusehen, als eine wohlerwogene Schätzung des zukünftigen Ertragsnisses . . . zu machen, daß, wenn Enttäuschung den . . . Markt befällt, sie ihn mit . . . verheerender Kraft treffen muß“ (ebendort, S. 267).

Anscheinend weil sich unter den beschriebenen Umständen „selbst unsere beste Voraussage als falsch erweisen wird“ (ebendort, S. 125), suchte J. M. Keynes nach einer zuverlässigeren Grundlage für seine Beschäftigungstheorie, als der klassische „Tauschwert des gesamten Jahreserzeugnisses“ (vgl. II) bieten kann. Nicht nur im Hinblick auf die Risiken eines durch Erwartungen „unwissender und spekulativer Einzelner“ gelenkten Produktionsgeschehens (ebendort, S. 275), sondern auch in Anbetracht der angeblichen Erfahrung,

„daß — in einem gegebenen Zustand der Technik, Hilfsquellen und Faktorkosten je Beschäftigungseinheit — die Menge der Beschäftigung sowohl in jeder einzelnen Firma und Industrie wie auch im ganzen sich auf den Betrag des Erlöses stützt, den die Unternehmer von der entsprechenden Produktion zu erhalten erwarten“ (ebendort, S. 21),

mag es für ihn nahegelegen sein, vom Betrag des Erlöses, und zwar vom tatsächlichen Betrag auszugehen und hierdurch

allen jenen Gedankenfolgen ein Ende zu bereiten, die seine Fachkollegen so bedrängten:

„die bedeutsamste Verwirrung über Sinn und Bedeutung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals röhrt von der mangelnden Erkenntnis her, daß sie sich auf das voraussichtliche Erträgnis . . . stützt und nicht auf das laufende Erträgnis“ (ebendort, S. 119).

So wurde der tatsächliche Verkaufserlös einer Produktions- und Einkommensperiode zur Sackgasse, in die J. M. Keynes mit seiner Einkommensgleichung auch den endgültigen Zweck seiner Analysen, „zu entdecken, was die Menge der Beschäftigung bestimmt“ (ebendort, S. 77), heillos verrannte.

VI.

Vor allem hatte der Einkommensbegriff es zu büßen!

Nach Keynes ist „das Einkommen gleich dem Werte der laufenden Produktion“ eines bestimmten Zeitabschnittes (ebendort, S. 55). Aber „diese gesamte Produktion muß offenbar . . . verkauft worden sein“ (ebendort, S. 56). Und da einsteils „der Wille zu kaufen dem zu verkaufen gleich ist“, während andernteils die laufende Produktion aus Verbrauchsgütern und aus Investitionsgütern besteht, könne auch gesagt werden:

„Die Entscheidungen, zu verbrauchen, und die Entscheidungen, zu investieren, bestimmen unter sich das Einkommen“ (ebendort).

Auf Grund der Erwägung:

„Einkommen erwächst aus dem Überschuß des Wertes, den der Erzeuger für die verkaufte Produktion erhält, über die Gebrauchskosten“

definierte er

das Einkommen des Unternehmers „als den Überschuß des Wertes seiner während des Zeitabschnittes verkauften fertigen Produktion über seine Grundkosten“,

das Einkommen des übrigen Gemeinwesens als „gleich den Faktorkosten des Unternehmers“ und

das Gesamteinkommen als gleich „den Faktorkosten plus Unternehmereinkommen“. Darüber hinaus sei „es die Menge, die von ursächlicher Bedeutung für die Beschäftigung ist“. Einkommen, so definiert, bilde „eine völlig unzweideutige Menge“, wenn gleich vorkommen kann,

„daß der Einsatz während des Zeitabschnittes zugenommen hat, ohne daß Zeit gewesen wäre, die vermehrte Produktion auf den fertigen und verkaufsfähigen Zustand zu bringen“ (ebendort, S. 47).

Gegen die letztere Charakterisierung ist einzuwenden, daß die obigen Einkommensdefinitionen, weit entfernt unzweideutige Mengen zu sein, einander ganz eindeutig widerstreiten. Und dies auch abge-

sehen von der Zweideutigkeit, die der Versuch verursacht, gewissermaßen ins Blaue hinein die zeitliche Kluft zwischen Erzeugung und Verkauf zu überbrücken.

Denn die Faktorkosten, welche, nach Keynes, „vom Standpunkt des Unternehmers betrachtet, das gleiche sind, was die Produktionsfaktoren als ihr Einkommen betrachten“ (ebendort, S. 20 und 47), beziehen sich offenbar auf die produzierte Menge, während das Unternehmereinkommen sich definitionsgemäß aus der verkauften Menge errechnet.

Hierbei ist auch noch zu beachten, daß die Faktorkosten — sowohl unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der Gesamtwirtschaft als auch unter demjenigen der Keyneschen Beschäftigungstheorie — nicht als Einkommen betrachtet werden dürfen. Vielmehr bilden sie, solange der Erzeugnisverkauf nicht stattgefunden hat, die von Keynes als ‚dissavings‘ bezeichnete negative Akkumulation. Ist der Produktionsprozeß als solcher doch nur Umgestaltung der einen Vermögensform in eine andere (z. B. von Bankguthaben in Lohn, Zins, Roh- und Hilfsstoffe und von diesen in den Bestand an Halb- und Fertigfabrikaten, deren Preis auch die zur Abnützung gelangenden Teile der Produktionsapparatur einzuschließen pflegt)! Erst sobald die aus eigenen oder fremden Ersparnissen stammenden Unternehmervorschüsse an seine Arbeiter, Sparer und Lieferanten zum Vorschußgeber zurückgeflossen sind, werden sie auch bei den Lohn- und Zinsempfängern zu Einkommen (vgl. S. 3 und 4 des Juliusturm-Aufsatzes), erscheint das Postulat der Einkommensgleichung realisiert.

Das ist auch der eigentliche Sinn der klassischen ‚Lohnfondstheorie‘ (vgl. II).

Ein anderer, noch gewichtigerer Widerspruch erwächst aus der Tatsache, daß der im Produktionsjahr erzielte Verkaufserlös auch Beträge einschließt, die den Gegenwert von Erzeugnissen früherer Jahre bilden. Eine reinliche Scheidung der aus dem alljährlichen Verkaufserlös auf die einzelnen Produktionsperioden entfallenden Einkommen ist — selbst wenn sie praktisch durchführbar wäre — sinn- und zwecklos. (Nicht einmal die ‚kaufmännische Bilanz‘ genannte Fiktion taugt hierzu, zumal auch sie sich nicht auf die verkauften, sondern auf die produzierten Erzeugnismengen gründet.) Und da der zur Verifikation der Keyneschen Einkommenstheorie erforderliche ursächliche Zusammenhang zwischen dem Kauf- und Verkaufswillen einerseits (siehe oben), der laufenden Produktionsmenge andererseits mithin fehlt, so wird die These:

„Das Einkommen ist gleich dem Werte der laufenden Produktion“ durch die These:

„Die Entscheidungen der Käufer bestimmen unter sich das Einkommen“

selbst dort glatt verneint, wo es gelingt, die „laufende Produktion“ schon im Erzeugungsjahre zu verkaufen . . .

Das alles aber hinderte die Fakultät nicht, herauszufinden:

„Keynes gab uns zum erstenmale in der Geschichte der Nationalökonomie eine geschlossene Theorie der Einkommensbestimmung“ (H. G. Bieri, „Entwicklung und Stand der Theorie von Keynes“, enthalten in „Festschrift für Alfred Amonn“, S. 357).

VII.

Daß Keynes nicht tat, wie Adam Smith getan hatte (vgl. II), daß er vielmehr den im Einkommensjahr erzielten **V e r k a u f s e r l ö s** der für das gesellschaftliche Produkt **g e f o r d e r t e n** Preissumme, dieser einzigen zuverlässigen Grundlage für eine Beschäftigungstheorie, vorzog, ließe sich auch damit erklären, daß er „über der Reise deren Ziel vergaß“ (Nietzsche), oder (und) damit, daß seine Absicht, die **E r s p a r n i s - I n v e s t i t i o n s g l e i c h u n g** sicher zu fundieren, seine Einsicht verfälschte.

Diese letztere Gleichung, derzufolge die „Investition“ einer Einkommens- und Beschäftigungsperiode die Summe ihrer ‚Ersparnis‘ bestimmt und derselben gleich ist, bildet nämlich das **U m** und **A u f** der Keynesian Revolution. Keynes gelangte zur **Ersparnis-Investitions-gleichung** vermöge der Prämisse:

„Der Erlös wird durch die Summe zweier Mengen gebildet: die Summe, die für den **V e r b r a u c h** ausgegeben wird, . . . und die Summe, die der **I n v e s t i t i o n** gewidmet wird“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 77).

Im strikten (wenngleich anscheinend unbewußten) Gegensatze zu seiner Erwartungstheorie (vgl. V), wonach der Unternehmerproduzent die Beschäftigungsmenge bestimmt, aber im (vielleicht ebenso unbewußten) Einklang mit Adam Smith folgerte er aus dieser These:

„Der **H a n g** zum **V e r b r a u c h** und die **R a t e** der **N e u i n v e s t i t i o n** bestimmen unter sich die **M e n g e** der **B e s c h ä f t i g u n g**“ (ebendort, S. 26).

Hiernach bilde die **N e u i n v e s t i t i o n**, d. h. der Erlös für alle innerhalb einer Erzeugungsperiode verkauften Produktivgüter, den **Ü b e r s c h u ß** des Einkommens über die Ausgabe für den **V e r b r a u c h**. Und da alle Ökonomen angeblich übereinstimmen (vgl. IV des Juliusturm-Aufsatzes), daß auch

„**E r s p a r n i s** den Überschuß des Einkommens über die Ausgabe für den Verbrauch bedeutet“ (ebendort, S. 54),

so seien **Ersparnis** und **Investition**

„einander notwendigerweise gleich, zumal sie für das Gemeinwesen als Ganzes lediglich verschiedene Gesichtspunkte des gleichen Gegenstandes sind“ (ebendort, S. 64).

Zum gleichen Ergebnis führe auch die Erwägung, daß

„die Absicht des Unternehmers, der gehort hat, um seine Investition zu vergrößern, sich unmöglichlicherweise rascher verwirklichen kann, als sich das Publikum entschließt, seine Ersparnisse zu vermehren“ (ebendort, S. 71).

In Wirklichkeit ist die Keynes'sche **Ersparnis-Investitionsgleichung**, wie die Darlegungen des vorigen Abschnittes zeigen, schon aus dem Grunde eine Unmöglichkeit, weil im gegenwärtigen Einkommensjahr auch aus früheren Ersparnissen (eigenen und fremden) verbraucht und investiert werden kann, so daß die Zergliederung des Verkaufserlöses in Verbrauch und Investition alles, nur nicht das besagt, was sie gemäß der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung“ besagen sollte.

Aber auch wenn man davon oder vom Vorschußcharakter der in den Verkaufserlös eingegangenen Löhne und Zinse, ja sogar von dem darin enthaltenen unrichtigen Geld völlig absieht (vgl. S. 6—7 des Juliusturm-Aufsatzen), vermöchte die **Ersparnis-Investitionsgleichung** keine Bedeutung für eine Beschäftigungstheorie zu gewinnen, stellten Konstruktion und Analyse dieses Gebildes immer nur jenes „Reiseerlebnis“ dar, das das Reiseziel vergessen machte. Denn auch in diesem Falle wäre sie nicht mehr als eine tautologische Erklärung der schon vermöge Zweiteilung des Verkaufserlöses in Verbrauchsgüter und Investitionsgüter ausreichend begründeten Einerleiheit von Ersparnis und Investition, einer Identität, die mit dem Zweck, „zu entdecken, was die Menge der Beschäftigung bestimmt“ (ebendort, S. 77), nicht das allergeringste zu schaffen hat.

Weil es für die Beschäftigungsmenge ebensowenig von Bedeutung ist, ob man sie aus eigenen oder fremden Ersparnissen finanziert, ob Verbrauchs- oder Investitionsgüter erzeugt und zu ihrem Kaufe Einkommen oder Ersparnisse oder Kredite verwendet werden, konnte jene überflüssige Zweiteilung gar nicht anders, als Unheil und Verwirrung anzurichten. Und daß sie just dieses tat, erhellt an sich schon aus der Keynes'schen Formulierung gewisser Grundsätze, wie z. B. desjenigen, „daß die Beschäftigung nur im gleichen Schritte mit einer Zunahme in der Investition zunehmen kann, es sei denn, daß sich der Hang zum Verbrauch ändert“.

Ursprünglich vielleicht nur dazu bestimmt, die Adam Smith'sche These von der Bestimmung der Beschäftigung durch die Nachfrage zuersetzen, artete die obige Plattheit dann unversehens in eines jener ungereimten und gemeingefährlichen Dogmen aus, die die „Angleichung der Vermögen“ und die „Verstaatlichung der Investition“ vorzubereiten und zu rechtfertigen haben, wie z. B.:

„Die Schwäche der Veranlassung zur Investition ist zu allen Zeiten der Schlüssel zum wirtschaftlichen Problem gewesen. Heute mag die Erklärung für die Schwäche dieser Veranlassung hauptsächlich im Umfang der bestehenden Kapitalanhäufungen liegen . . . Der Wunsch des Einzelnen, seinen persönlichen Reichtum durch Enthaltsamkeit zu vermehren, ist gewöhnlich stärker gewesen als der Anreiz für den Unternehmer, den nationalen Reichtum durch Beschäftigung von Arbeitern für die Erstellung dauerhafter Vermögensbestände zu vermehren“ (ebendort, S. 294).

Was das Vergessen des Zwecks seiner Beschäftigungstheorie anlangt, ist Keynes' Stellungnahme zu denjenigen Ersparnissen besonders charakteristisch, die nicht an Investoren, sondern an Verbraucher verliehen werden.

Als ob Konsumtivkredite keinerlei Einfluß auf die Beschäftigungsmenge ausübten, wurden sie von Keynes nur berücksichtigt, um darzutun, daß sie die Ersparnis-Investitionsgleichung nicht berühren, indem sie auf Seite der Entleiherso wirken,

„daß die positive Ersparnis einiger Einzelner oder Gruppen durch die negative Ersparnis anderer aufgehoben wird“ (ebendort, S. 182).

Und als ob es für das Ziel ‚Vollbeschäftigung‘ nicht völlig belanglos wäre, ob es durch Verbrauch oder Investition, durch Verausgabung von Einkommen oder von früher angesammelten Schätzen oder durch Borgen erreicht ward, bzw. ob die Behauptung,

„daß die Summe des Vermögenszuwachses der Einzelnen genau gleich sein muß dem gesamten Reinvermögenszuwachs des Gemeinwesens“ (ebendort, S. 18),

zutrifft oder nicht, vernachlässigte er also eine Sparfunktion, die als Finanzierung des Verbrauchs für jenes Ziel von ebenso erheblicher Bedeutung ist wie die Finanzierung der Investition.

Daß die Unterschätzung der ‚negativen Ersparnis‘ unter dem Gesichtspunkte des Beschäftigungsproblems genau so ungerechtfertigt erscheint, wie die Überschätzung der „Veranlassung zur Investition“ (zumal wohl auch „die Schwäche der Veranlassung zum Verbrauch zu allen Zeiten der Schlüssel zum wirtschaftlichen Problem gewesen ist“, wie man aus den Malthuszitaten in Abschn. III ersehen kann), erhellt aus folgender Erwägung: Wenn alle durch Wenigerkonsum in der vollbeschäftigen Wirtschaft erübrigten Beträge von ihren Eigentümern ausschließlich zu Konsumtivzwecken verliehen werden sollten, könnte es dort zwar weder ‚Investitionen‘ noch ‚Ersparnisse‘ des laufenden Jahres im Keyneschen Sinne geben. Dessenungeachtet aber bliebe diese Wirtschaft auch weiterhin vollbeschäftigt.

Der gesellschaftliche Verbrauch und der Hang zu ihm stützen sich eben selbst in einer mit richtigem Gelde ausgestatteten Wirtschaft nicht nur auf das gesellschaftliche Einkommen, sondern auch auf das früher angehäufte Vermögen und die Bereitwilligkeit der Wenigerverbraucher, es Mehrverbrauchern leihweise zu überlassen. Und daß Keynes eine so grundlegende Tatsache in seiner Beschäftigungstheorie ebensowenig berücksichtigen zu müssen glaubte, wie die ungewollte „Enthaltsamkeit der Einzelnen“ bzw. wie ihren ungestillten Bedarf an neuartigen Genußgütern und deren Produktions-

mitteln (vgl. die Malthuszitate in III), stellt sich nicht nur als Sünde wider den Geist der klassischen Einkommensgleichung, sondern auch gegen denjenigen der klassischen Regel dar:

„The first business of philosophy is to account for things as they are; and till our theory will do this, they ought not to be the ground of any practical conclusion“ (R. Malthus, *Principles Of Pol. Economy*, p. 8).

VIII.

Zur „Sackgasse“ (vgl. Abschn. V) wurde der Verkaufserlös, weil er die Einkommensgleichung zu einer Ersparnis-Investitionsgleichung reduziert.

Denn es ist nunmehr wohl klar, daß in der auf den Verkaufserlös basierten Einkommensgleichung kein Platz ist für das angeblich „grundlegende technische Gesetz“, demzufolge

„die Menschen . . . im Durchschnitt geneigt sind, ihren Verbrauch mit der Zunahme ihres Einkommens zu vermehren, aber nicht im vollen Ausmaß dieser Zunahme“ (ebendort, S. 83).

Oder auch nur Platz für Thesen, wie:

„Um eine gegebene Beschäftigungsmenge zu rechtfertigen, ist somit ein Betrag laufender Investition erforderlich, groß genug, um den Überschuß der gesamten Produktion über die Menge zu absorbieren, die die Bevölkerung gerade verbraucht, wenn die Beschäftigung auf der gegebenen Höhe ist“ (ebendort, S. 23).

Gibt es im Verkaufserlös, der weder zur „gesamten Produktion“ noch „zur gegebenen Höhe der Beschäftigung“ in direkter Beziehung steht, doch keine zu absorbierenden Lücken! Ist in der Keyneschen Einkommensgleichung, die eben nur eine „geschlossene“ Ersparnis-Investitionsgleichung bildet, doch nicht einmal Platz für das Hoptphänomen, dieses wesentlichste Hindernis voller Beschäftigung (vgl. S. 17—22 des Julius-Turm-Aufsatzes), diese wichtigste, wenn nicht einzige Ursache aller Wirtschaftsstörungen!

Nur mit Hilfe einer Einkommensgleichung, die sich, wie die klassische, auf die Leistungs- und Produktionsmenge des Einkommensjahres stützt und die — da sie gedanklich das wirtschaftliche Gesamtgeschehen umfaßt — ein organisches Ganzes bildet, ist es möglich, alle mit dem Austausch der gesellschaftlichen Leistung gegen das gesellschaftliche Produkt irgendwie zusammenhängenden Probleme zu lösen, bis zu ihrer letzten Erkenntnisgrundlage zu verfolgen und die Ergebnisse zu verifizieren. Denn nur innerhalb des starren Rahmens der klassischen Einkommensgleichung kommt die für alle Störungen in der Beschäftigung verantwortliche Tatsache zwangsläufig zum Vorschein, daß nicht alle, die ihre Leistungen verkauften, das ganze erzielte Einkommen für Erzeugnisse verausgabten. Lediglich in einer Einkommensgleichung, wo das Gesamtgeschehen in dieser Weise gegeben ist und also nicht willkürlich abgeändert zu werden

vermag, wird die eine Ursache „intendiertes Horten“ ebenso sichtbar wie die andere des „Sättigungsphänomens“ und seine Folge „unintendiertes Horten“. Und bloß vermöge des von ihr ausgeübten Zwanges zu einer auf Verknüpfung aller Tatsachen in eine harmonische Einheit gerichteten, geradezu architektonischen Gedankenarbeit werden wir in den Stand gesetzt, die geeigneten Gegenmittel zu erforschen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu überprüfen.

Im Gegensatz dazu vermag mit Hilfe der Keynes'schen Einkommensgleichung kein einziges Problem gelöst zu werden. Da das durch sie dargestellte Teilgeschehen „Verkauf im Einkommensjahr“ sich auf Erzeugnisse verschiedener Einkommens- und Produktionsperioden bezieht und die Einteilungsgründe „Verbrauch“, „Ersparnis“ und „Investition“ sich überdies (auch infolge des Umlaufs unrichtigen Geldes) notwendigerweise durchkreuzen, bildet diese Gleichung im Gegenteil ein unüberwindliches Hindernis, irgendwelchen Dingen auf den Grund zu kommen. Da ferner das Ordnungsprinzip, welches alle Gedankenglieder in der klassischen Einkommensgleichung zusammenhält, hier ebenso fehlt wie der zur Lösung des Beschäftigungsproblems erforderliche Sachverhalt, muß das Geschehen erst mühselig rekonstruiert werden durch Tatbestände, die nicht nur außerhalb des Einkommensgleichungssystems, sondern vielfach auch außerhalb der Wahrheit liegen.

Vor allem aber, weil das Beschäftigungsproblem ohne den Universalsslüssel „Horten“ unlösbar bleiben muß (vgl. S. 7 ff. u. 20 ff. des Juliusturm-Aufsatzes, sowie S. 95—104 und 146—195 in Band II meines früheren Werkes), braucht es nicht wunderzunehmen, daß die Ursachen der üblichen Wirtschaftsstörungen J. M. Keynes ebenso verborgen geblieben sind wie die Mittel ihrer Beseitigung und Vorbeugung.

Wie sehr er diesbezüglich im Dunkeln tappte, offenbarte er eines-teils durch die folgende Ignoratio elenchi:

„Diejenigen, die die sozialen Gefahren der Hortung von Geld betonen, haben . . . die Möglichkeit übersehen, daß die Erscheinung ohne jede Änderung in der Hortung des Geldes eintreten kann“ (ebendort, S. 136),

in welcher — anscheinend wissentlich — außer acht gelassen wird, daß die zu widerlegenden Gegner ja nicht von den Gefahren einer Änderung im Horten, sondern von den Gefahren des Hortens schlechthin sprechen.

Andernteils aber manifestieren seine Schwierigkeiten sich darin, daß Keynes sich gezwungen sah, statt mit „Horten“ mit dem von ihm eingeführten Begriff der „Liquiditätspräferenz“ (vgl. S. 18 des Juliusturm-Aufsatzes) zu operieren und deren Stärkung (in jenen Fällen, wo „Eutäuschung einen überoptimistischen oder überkauften Markt befüllt“) für die Verschärfung in der Abnahme der In-

vestitionstätigkeit verantwortlich zu machen (ebendort, S. 267). Und dies ungeachtet der Tatsache, daß in seiner auf Geldmanipulation eingestellten Volkswirtschaft der „Vorliebe für Liquidität“ doch durch Notendruck in einer Weise entweder entsprochen oder aber begegnet zu werden vermag, die das Produktions- und Distributionsgeschehen weniger berührt, als die übliche Banknotenschöpfung zwecks Ankaufes von Gold oder Belehnung von Staats- und Hypothekarpfandbriefen es tut! Und auch uneingedenk seiner Annahme, daß

„es wohl eine gewisse Art rohen Verhältnisses zwischen Volkseinkommen und der Geldmenge geben mag, die für die Befriedigung der Vorliebe für Liquidität erforderlich ist“ (ebendort, S. 259)!

Noch schärfster gelangen jene Schwierigkeiten und Dunkelheiten in dieser seiner Definition von ‚Investition‘ zum Ausdruck:

„Wir müssen darunter die laufende Hinzufügung zum Werte der Kapitalausrüstung verstehen, die aus der Erzeugungstätigkeit dieses Zeitabschnittes herrührt“ (ebendort, S. 55). „Investition, so definiert, schließt daher den Zuwachs der Kapitalausrüstung ein, unbekümmert darum, ob sie aus festem Kapital, Arbeitskapital oder flüssigem Kapital besteht“ (ebendort, S. 65), wobei „der am Ende der Einkommensperiode unverkauft gebliebene Bestand an unfertigen Gütern oder Arbeitskapital und der Bestand an fertigen Gütern des Unternehmerproduzenten in den Begriff ‚Kapitalausrüstung‘ eingeschlossen ist“ (ebendort, S. 46). Im strikten Widerspruch zu seiner Lehre,

wonach der Verkaufserlös zwecks Erfassung der ‚Investition‘ in Verbrauchsgüter und in Produktivgüter unterteilt und zwischen Verbrauchsgüter-Industrien und Investitionsgüter-Industrien bzw. zwischen Verbrauchs-Käufern und Investitions-Käufern unterschieden wird, wobei nur die Käufer, nicht aber auch die Erzeuger von Produktivgütern als ‚Investoren‘ anerkannt erscheinen;

wonach das ‚Einkommen‘ nicht durch Erzeugung, sondern nur durch Verkauf von Waren entsteht, während die ‚Investition‘ als Überschuß dieses selben Einkommens über die Ausgabe für den Verbrauch in Existenz tritt;

wonach ein Verbrauchsgut mithin nicht einmal dann in die Investition eingehen kann, wenn es verkauft wird, geschweige denn, wenn es unverkauft blieb oder überhaupt unverkäuflich ist:

sah Keynes sich solcherart gezwungen, nicht nur verkaufte Produktivgüter, sondern auch alle „aus der Erzeugnistätigkeit des Zeitabschnittes“ herrührenden unverkauften Genuss- und Produktivgüter unterschiedlos der ‚Investition‘ einzuzuverleihen.

Eine ähnliche Überraschung harrt des Lesers, wenn ihm am Schlusse des großartigen Erwartungs-Getues (vgl. V) urplötzlich enthüllt wird,

„daß die Berichtigung der kurzfristigen Erwartung in Wirklichkeit allmählich und dauernd und größtenteils im Lichte erzielter Ergebnisse vor sich geht, so daß die Einflüsse der erwarteten und der verwirklichten Ergebnisse ineinander verlaufen und sich überlagern“ (ebendort, S. 45),

wenn er dann dieses Resultat der Keynesschen Analyse mit der einfachen Feststellung Adam Smiths vergleicht, daß die Beschäftigungsmenge „notwendigerweise durch die jährliche Nachfrage reguliert wird“ und (wie ich es vergeblich tat!) versucht, den Unterschied herauszufinden. („Kurzfristig“ erwartet, nach Keynes, der Produzent-V e r k ä u f e r von Verbrauchs- und Investitionsgütern, „langfristig“ aber nur der Investitions - K ä u f e r.)

Und nicht anders verhält es sich mit vielen anderen, außerhalb seines Gleichungssystems mehr oder weniger vieldeutig stilisierten und in dasselbe gewaltsam hineingepaßten Begriffen und Thesen. Da ihre Erörterung aber einsteils wegen Raumbeschränkung unmöglich, andernteils aber im Hinblick darauf überflüssig ist, daß das bisher Vorgebrachte zur Verneinung der im Abschnitt V gestellten Frage mehr als ausreicht, sollen im Folgenden nur noch zwei auf den gleichen Ursprung zurückgehende Irrtümer aufgezeigt werden, die für diese Studie von Bedeutung sind.

Der eine Irrtum betrifft den A u ß e n h a n d e l , der andere den Z i n s .

IX.

Auch Keynes' Einstellung zur allgemeinen Sucht nach E x p o r t - ü b e r s c h ü s s e n bildet einen schlagenden Beweis dafür, daß er in das Wesen der Einkommensgleichung nicht eingedrungen ist, ja nicht einmal so weit gelangte wie die Klassiker, denen Goldeinfuhr schon aus dem Grunde nicht als reales Äquivalent für Güterausfuhr erscheinen konnte, weil

„das Einkommen der Gesellschaft lediglich aus diesen Gütern besteht, nicht aber aus dem Rade, das sie zum Umlaufen bringt“ (Adam Smith, The Wealth Of Nations, II/21).

Obgleich er selbst in die als Bestand an Produktionskapital (z. B. Maschinen) oder an Verbrauchskapital (z. B. Häuser) oder an unfertigen und fertigen Gütern definierte „K a p i t a l a u s r ü s t u n g“ den Geldbestand nicht einbezogen hatte, gehörte offenbar auch Keynes zu „denjenigen, welche nachzudenken nicht gewohnt sind und darum meinen, Kapital sei dasselbe wie Geld“ (J. St. Mill, Grundsätze d. Pol. Ökonomie, I/82),

bedachte er nicht, daß chronische Exportüberschüsse chronische Kapitalarmut erzeugen und daß ein mittels Goldes bezahltes Exportland wirtschaftlich schlechter gestellt ist als ein solches, das für die eigenen Erzeugnisse ausländische Waren erhält (vgl. S. 42 des Juliusturm-Auf- satzes).

Besonders charakteristisch ist hierbei, daß Keynes zwar Bilanzüberschüsse und Bilanzdefizite erörterte, aber nicht die ausgewogene Außenhandelsbilanz oder das Mittel zu diesem Zweck. Und doch müßte just das Bilanzgleichgewicht den Normalfall im Außenhandel bilden, wenn zutrifft, daß sein Zweck sich von demjenigen des Innenhandels grundsätzlich nicht unterscheidet oder nur wahr ist:

„Geld kann an sich nichts von der Aufgabe des Kapitals vollbringen, da es die Produktion nicht unterstützen kann. Um dies zu können, muß es gegen andere Güter ausgetauscht werden; . . . was Kapital für die Produktion bewirkt, ist, daß es Obdach, Schutz, Gerätschaften und Stoffe bietet, welche ein Werk verlangt, und daß es Arbeiter während des Arbeitsprozesses ernährt und auch sonst unterhält . . .“ (J. St. Mill, ebendort).

Er, der den Merkantilismus u. a. durch die Selbstanklage zu rehabilitieren versuchte:

„Denn wir, die Fakultät der Ökonomen, haben uns eines vermessenen Irrtums schuldig erwiesen, indem wir das, was durch Jahrhunderte der Hauptgegenstand praktischer Staatskunst war, als eine kindische Besessenheit behandelt haben“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 287).

gründete seine Stellungnahme zum Außenhandelsproblem auf die merkantilistische Lehre vom „Vorteil, den unser eigenes Land aus einer günstigen Handelsbilanz erzielt“, eines Vorteils, der auch nach seiner Ansicht darin besteht, daß man

„einerseits einen unerwünschten Überschuß an Waren losgeworden ist, der zu Arbeitslosigkeit hätte führen können, während andererseits die gesamte Geldmenge im Lande vermehrt wurde, mit den daraus folgenden Vorteilen eines Rückganges der Zinsrate“ (zitiert aus Heckschers „Merkantilism“, vol. 2, p. 178 auf S. 294 der „Allgem. Theorie d. Besch.“).

Aus diesem vermeintlichen Tatbestand zieht Keynes die Folgerung, es werde

„für die Erhaltung des Wohlstandes wichtig sein, daß die Behörden dem Zustand der Handelsbilanz genaue Beachtung schenken. Denn eine günstige Bilanz, vorausgesetzt, daß sie nicht zu groß ist, wird sich als äußerst anregend erweisen; während eine ungünstige Bilanz bald einen Zustand beharrlicher Depression erzeugen kann“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 286).

Hierbei ist die Einschränkung „vorausgesetzt, daß sie nicht zu groß ist“ keineswegs in dem Sinne gemeint, daß ein „zu großer“ Exportüberschuß nicht vorteilhafter wäre als ein weniger großer Exportüberschuß. Vielmehr ist sie nur als Aufforderung zu nationaler Selbstbeschränkung im Hinblick auf die ebenso vermeintliche Tatsache gedacht,

„daß der Vorteil, den unser Land aus einer günstigen Außenhandelsbilanz erzielt, dazu neigt, einem anderen Lande einen gleichen Nachteil zuzufügen“ (ebendort).

Daß Keynes sich anzugeben scheut, wie groß eine „nicht zu große“ Begünstigung ausfallen darf, um sich einseitig „als äußerst anregend“, andernteils aber als unschädlich für den Tauschpartner zu erweisen, braucht zwar in Anbetracht dessen nicht weiter aufzufallen, daß er

hier nach der gleichen Methode verfährt wie auf S. 315, wo es heißt: „Ich selber glaube, daß bedeutsame Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum gerechtfertigt sind, aber nicht so große Ungleichheiten.“

Doch dürfte das Fehlen eines entsprechenden Maßstabes die Beherzigung seiner Mahnung ohne Zweifel sehr behindern, wenn nicht überhaupt unmöglich machen.

Was aber soll geschehen, falls diese Befürchtung sich als berechtigt erweist und selbst eine auf Grund richtiger Erwartungen betriebene Außenhandelspolitik ungeeignet ist,

„die wirtschaftliche Not im Inland auf andere Weise zu mildern als durch Konkurrenzkampf um die Märkte“ (ebendort, S. 322),

oder durch ähnliche, das Ausland schädigende „Maßnahmen zur Verbesserung der Außenhandelsbilanz“ (ebendort)?

Der von Keynes ins Auge gefaßte Ausweg ist verblüffend:

„Wenn aber die Nationen lernen können, sich durch ihre Inlands politik Vollbeschäftigung zu verschaffen, . . . braucht es keine wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen“ (ebendort, S. 322).

Darum weg mit der Außenhandelspolitik und ihren die nachbarlichen Beziehungen störenden wirtschaftlichen Kräften! Zwar wird der naive Volksmund vielleicht von Ausschüttungen des Kindes mit dem Bade schwatzen. Aber ist es nicht besser, mit dem Außenhandelsproblem zu verfahren, wie die Klassiker mit ihm verfahren, als sie „in ihre Voraussetzungen Bedingungen einführten, die sein Nichtbestehen einschlossen“, auf die Gefahr hin,

„daß sie eine Spaltung zwischen den Folgerungen der wirtschaftlichen Theorie und jenen des gesunden Menschenverstandes schufen“ (vgl. das Keynes-Zitat in Abschn. I)?

Mit welchen Schwierigkeiten eine ausschließlich auf Inlandabsatz angewiesene Beschäftigungspolitik zu rechnen hätte, wurde in meinem früheren Werke an Hand der Einkommensgleichung eines Crusoe-Kollektivs veranschaulicht, in welchem 70 Mitglieder den ‚einfachen‘, 20 Mitglieder den doppelten und 10 Mitglieder den dreifachen Stundenlohn beziehen. Es heißt dort:

„Wird vereinfachungshalber unterstellt, daß das für 70 Mitglieder festgesetzte jährliche Mindesteinkommen von je 2400 Franken (1 Stunde ‚einfache‘ Arbeit = 1 Franken) das ideale Existenzminimum verwirklicht und also zur Beschaffung des bis zur Sättigungsgrenze konsumierbaren Maximums an Nahrung, Kleidung und Wohnung vollständig genügt, so erscheint es für die besser entlohten 30 Mitglieder beim besten Willen nicht möglich,

von ihrem Geldeinkommen per 20×4800 plus 10×7200 , d. i. insgesamt 168.000 Fr. für diese Existenzzwecke mehr auszugeben als 30×2400 , d. i. insgesamt 72.000 Fr. während für den Rest ‚Luxusgüter‘ im Kostenpreis von 96.000 Fr. zur Verfügung stehen müssen. Denn wenn Paul seiner doppelten Leistung wegen doppelt soviel Lohn erhält wie Peter, so muß es notwendigerweise neben den Gütern, die sie beide kaufen, auch solche geben, die nur Paul kaufen kann, Peter

aber nicht, und die also in den Augen des letzteren als ‚Luxusgüter‘ erscheinen . . . Aber keiner der ‚potenziert‘ Leistenden vermag ‚potenziert‘ zu essen . . .

Lohndifferenzierung zwingt Robinson Crusoe mithin dieses Schema eines Produktionsplanes auf:

Löhne:	einfache	doppelte	dreifache	zusammen	Franken
Existenzgüter	70	20	10	100	240.000
Luxusgüter A	—	20	10	30	72.000
Luxusgüter B	—	—	10	10	24.000
	70	40	30	140	336.000

Hiernach haben insgesamt von je 7 einfachen Arbeitsstunden 5 auf Existenzgüter- und 2 auf Luxusgüterproduktion zu entfallen (wobei der Einfachheit halber die Existenzgüter zu einer Gruppe, die Luxusgüter zu zwei Gruppen zusammengefaßt erscheinen und angenommen wird, daß durch den einfachen Lohn je eine dieser Gruppen bis zur vollen Sättigung gedeckt werden kann und gegebenenfalls auch tatsächlich gedeckt wird. Dementsprechend kauft der Empfänger einfachen Lohnes nur Existenzgüter, der Empfänger doppelten Lohnes außer Existenzgütern auch Luxusgüter der Gruppe A, der Empfänger dreifachen Lohnes die Existenzgüter und die Luxusgüter der Gruppen A und B bis zur Vollsättigung).

Wehe dem Kollektiv, wenn die der Lohn-Potenzierung entsprechenden Luxusgüter nicht erzeugt werden! Denn dann kommt es zu ‚unintendiertem‘ Horten aller derjenigen, die ihr Einkommen mangels entsprechender Güter nicht verbrauchen können.

Die Konsequenzen wären katastrophal.

Hätte Robinson z. B. die ganzen ‚reduzierten‘ Arbeitsstunden ausschließlich zur Erzeugung von Nahrung, Kleidung und Wohnung verwendet, obgleich das in 240 000 einfachen Stunden herstellbare Quantum zur Bedarfsdeckung genügte, so wäre eine Gütermenge in der Preissumme von 96.000 Franken notwendigerweise unverkäuflich und — korrespondierend damit — eine Geldscheinmenge von 96.000 Franken uneinlösbar; so mußte die nächstjährige Erzeugung nicht nur um das im Vorratszuwachs ausgedrückte Konsum-Minus verringert werden, sondern um *seine* Doppeltes, d. i. um Waren in der Kostensumme von 192.000 Franken . . . Aber auch für den Fall der Tolerierung eines ‚eisernen‘ Vorratsbestandes müßte die jährliche Beschäftigungsmenge im nächsten Jahre eine Einschränkung um mindestens 96 000 reduzierte Arbeitsstunden erfahren.

Robinson wäre also genötigt, die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 5½tel Stunden zu kürzen . . . und das jährliche Gesamteinkommen der 70 unqualifizierten Arbeiter . . . auf 1714 Franken je Kopf zu senken. Damit wäre ihr Leidensweg aber noch lange nicht zu Ende. Denn da die 30 Qualifizierten je 3428 bzw. 5142 Franken beziehen, so gibt es noch immer einen unverwertbaren Warenüberschuß. Unter diesen Umständen muß der Produktionseinschränkungsprozeß so lange seinen Fortgang nehmen, bis das Einkommen der 10 höchst qualifizierten Arbeiter nicht mehr beträgt, als sie zum Leben brauchen, d. i. also 2400 Franken je Kopf,

zusammen $10 \times 2400 = 24.000$ Fr.,
dasjenige der 20 ‚Qualifizierten‘ $\frac{2}{3}$ tel davon, zusammen $20 \times 1600 = 32.000$ Fr.,
dasjenige der 70 ‚Unqualifizierten‘ $\frac{1}{3}$ tel davon, zusammen $70 \times 800 = 56.000$ Fr.,

112.000 Fr.,

demnach um 56.000 Franken weniger als das Gesamteinkommen der ‚ungelernten‘ Mitglieder früher allein betragen hatte. Mit anderen Worten: Weil es für 96.000

Franken Einkommen nicht das zu kaufen gibt, was seine Inhaber begehrn, sinkt das Gesamteinkommen der Inselbewohner zwangsläufig um 224.000 Franken. Und dieser Rückbildungsprozeß muß stattfinden, selbst wenn (und solange) auch nur ein einziges Mitglied sein Geldeinkommens-Plus nicht zu verwerten vermag.“

In unserer arbeitsteiligen Geldwirtschaft wird eine ähnliche Entwicklung wegen Einkommensungleichheit, Horten und Erweiterung der Produktion auf alten Erzeugungsgebieten u. a. hauptsächlich durch den technischen Fortschritt und die daraus resultierende Verbilligung der Erzeugnissepreise, sowie die damit verbundene Freisetzung von Kaufkraft herbeigeführt. Auch hier wirkt eben Kaufkraft, die nicht kauft, verderblich! Der Umfang und die Bedeutung dieser Art Schädigungen erhellt aus der folgenden Umkehrung des Problems der Inlandbeschäftigung: Wieviel Holz, Kohle, Erz, Stahl und andere Metalle, Zement, Ziegel und andere Baustoffe, Werkzeuge, Maschinen, Fabrikgebäude, Schiffe, Eisenbahnen und Straßen wären nicht produziert, wieviel durch Apparaturerweiterung und technischen Fortschritt auf alten Produktionsgebieten infolge Erreichung der Sättigungsgrenze freigesetzte Arbeit nicht absorbiert worden, wenn man die Erfindungen Photographie, Telegraph, Telephon, Grammophon, Schreibmaschine, Dampfpflug, Refrigerator, Augenglas, elektrische Lampe, Auto, Flugzeug, Radioapparat, Kino, Television, Staubsauger, Waschmaschine, Airconditioner usw. nicht selbst realisiert oder eingeführt hätte.

Im Hinblick auf solche und ähnliche Erwägungen schloß ich meine Kritik der Keyneschen Methode in dem genannten früheren Werke (Bd. II, S. 539) aus einem ähnlichen Anlaß mit der Bemerkung ab: „Und so bleibt dem gesunden Menschenverstand nur übrig, Keynes zu jenen Gelehrten zu zählen, von denen Schopenhauer berichtet, daß ihr Lehren und Schreiben wenig nützen werde, weil „ihr Kopf einem Magen und Gedärmen gleicht, daraus die Speisen unverdaut“ wieder abgehen.“

X.

Ein „einzigartiges und bedeutsames“ Mittel der auf Vollbeschäftigung gerichteten Inlandpolitik, versicherte Keynes, bilde der Zinsfuß, den er als „die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität“ definiert (ebendort, S. 141).

So werde beispielsweise

„eine Erhöhung des Geldzinsfußes die Produktion aller Gegenstände mit elastischer Erzeugung verzögern, ohne die Produktion des Geldes anregen zu können“ (Allgem. Theorie d. Besch., S. 271).

Aber obgleich

„in der Tat einige Kraft in der Behauptung liegt, daß ein höherer Zinsfuß gegen einen Aufschwung viel wirksamer ist als ein niedriger gegen eine Stockung“ (ebendort, S. 271),

könne damit gerechnet werden, daß

„der fallende Zinsfuß . . . unter sonst gleichen Bedingungen die wirksame Nachfrage vermehren wird“ (ebendort, S. 259).

Und da es

„verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, so mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitals los zu werden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden des Verdienstsatzes auf aufgehäuftem Reichtum ergeben würden . . . Obschon der Rentner verschwände, bliebe trotzdem noch Raum für Unternehmungslust und Geschicklichkeit in der Schätzung voraussichtlicher Erträge . . . Denn das Obige bezieht sich in erster Linie auf den reinen Zinsfuß . . .“ (ebendort, S. 185).

Man könne, kurz gesagt, die zwei Fliegen ‚Unterbeschäftigung‘ und ‚anstößige Kapitalform‘ gewissermaßen mit einer Klappe schlagen.

Zwar lehrte J. M. Keynes in einem Atem auch, daß der Wirtschaftsaufschwung durch einen psychischen Zustand der Unternehmer herbeigeführt zu werden pflegt,

„in welchem Überoptimismus über einen Zinsfuß triumphiert, der, kühler betrachtet, sich als übermäßig herausstellen würde“;

daß sich dementsprechend

„ein im Durchschnitt günstigerer Zustand der Erwartung aus einer Bankpolitik ergeben könnte, die einen beginnenden Aufschwung immer im Keim durch einen Zinsfuß erstickt, hoch genug, um selbst die unverbesserlichsten Optimisten abzuschrecken“ (ebendort, S. 277).

Wozu noch komme,

„daß das Steigen des Zinsfußes uns veranlassen könnte, mehr zu sparen, wenn unsere Einkommen unverändert blieben“ (ebendort, S. 95),

so

„daß eine Erhöhung des Zinsfußes unter denkbaren Umständen das kleinere Übel sein kann“ (ebendort, S. 272 f.).

Aber wer da glaubt, es gehe Keynes darum, das abrupte Auf und Ab des Wirtschaftsgeschehens vermöge entsprechender, den jeweiligen Umständen angepaßter Zinserhöhungen durch ein „allmähliches Steigen des Beschäftigungsniveaus bis zu einem Höhepunkt“ (ebendort, S. 43) zu ersetzen, der wird durch diese seine Folgerung schnell eines Besseren belehrt:

„Somit ist das Heilmittel für den Aufschwung nicht ein höherer Zinsfuß, sondern ein niedriger Zinsfuß. Denn dies mag dem sogenannten Aufschwung ermöglichen, anzudauern. Das richtige Heilmittel für den Konjunkturzyklus liegt nicht darin, daß wir die Aufschwünge abschaffen, . . . sondern darin, daß wir die Stockungen abschaffen und uns somit dauernd in einem Quasi-Aufschwung befinden“ (ebendort, S. 272 f.).

Und diese Aufgabe könne eben bloß durch Zinsfuß - Senkungen bewältigt werden. Davon abgesehen, aber gehöre die „Erhöhung des Zinsfußes zu den Heilmitteln, welche die Krankheit heilen, indem sie den Patienten töten“ (ebendort, S. 274). Im Gegensatze hierzu

könne „die öffentliche Meinung ziemlich rasch an eine mäßige Senkung im Zinsfuß gewöhnt werden“, wie die „in Großbritannien nach seinem Weggang vom Goldstandard“ gemachten Erfahrungen bezeugen. Damals habe es „eine Reihe unterbrochener Sprünge gegeben, „die vorgenommen wurden, wenn die Bevölkerung sich an die vorausgegangene Senkung gewöhnt hatte“ (ebendort, S. 171).

Wie weit aber hat die Senkung zu gehen?

Anscheinend hat Keynes es auf einen Zinsfuß abgesehen, „der mit Vollbeschäftigung vereinbar ist, wenn die anderen Parameter des Systems gegeben sind“ (ebendort, S. 203), und den er darum als „natürlichen“ oder auch „neutralen“ Zinsfuß bezeichnet. Da es nicht nur „für jedes hypothetische Niveau der Beschäftigung einen verschiedenen natürlichen Zinsfuß“

gebe, sondern auch

„für jeden Zinsfuß ein Niveau der Beschäftigung, für das jener Zinsfuß der ‚natürliche‘ in dem Sinne ist, daß das System bei diesem Zinsfuß und auf diesem Niveau der Beschäftigung im Gleichgewichte sein wird“ (ebendort, S. 203),

so besteht die Aufgabe offenbar darin, den Zinsfuß so zu bewegen, daß die wirksame Nachfrage „auf einem für die Schaffung von Vollbeschäftigung genügend hohem Niveau“ (ebendort, S. 171) aufrecht erhalten werden kann.

Was aber soll den Zinsfuß bewegen, sich nach unten zu bewegen, wenn das Nachfrage-Angebotverhältnis in Leihgeld eine Aufwärtsbewegung rechtfertigt und die Anleihebedürftigen bereit sind, höhere Zinsen zu bezahlen?

Keynes antwortet, daß es zwar fraglich ist, ob der Zinsfuß „lediglich durch Handhabung der Geldmenge“ so gesenkt werden kann, „wie ein erträgliches Niveau der Beschäftigung es erfordert“. Insbesondere sofern dieses Niveau „den Vermögensbesitzern unannehbar erscheint“ (ebendort, S. 261). Doch sei — zumindest theoretisch — immerhin eine Lohnpolitik denkbar, die durchsetzt, daß

„die Arbeiter ihre Lohnforderungen . . . auf den Punkt vermindern, . . . der erforderlich ist, um das Geld im Verhältnis zur Lohneinheit so reichlich zu machen, daß der Zinsfuß auf ein Niveau fällt, das mit Vollbeschäftigung vereinbar ist“ (ebendort, S. 225).

Aber auf welche Weise immer es gelänge, den Zinsfuß so zu regulieren, daß er ständige Vollbeschäftigung aufrecht erhielte, „so würde die Tugend ihre Herrschaft zurückgewinnen; — die Rate der Kapitalanhäufung würde abhängen von der Schwäche des Hanges zum Verbrauch“ (ebendort, S. 96).

Wann und worüber die ‚Tugend‘ ihre Herrschaft verlor, ja was mit diesem Wort überhaupt gemeint ist, wird, wenn man von gewissen über das Ganze verstreuten Andeutungen, wie z. B., daß

„im idealen Staat die Menschen erzogen sein mögen, an den Einsätzen kein Interesse zu nehmen“, oder daß

„die Aufgabe, die menschliche Natur umzugestalten, nicht mit der Aufgabe verwechselt werden darf, sie zu beherrschen“ (ebendort, S. 315),

absieht, freilich nicht gesagt. Anscheinend hat Keynes nicht individuelle Selbstgesetzgebung im Auge, wenn er von ‚Tugend‘ spricht, sondern jenes seltsame Gemisch von Askese und Sozialismus, welches seinem Lehrer Alfred Marshall vorgeschwobt haben muß, als er in „Principles Of Economics“ vortrug:

„And in a world in which all men are perfectly virtuous, competition would be out of place; but so also would be private property and every form of private right. Men would think only of their duties; and no one would desire to have a larger share of comforts and luxuries of life than his neighbours. Strong producers would easily bear a touch of hardship; so they would wish that their weaker neighbours, while producing less, should consume more. Happy in this thought, they would work for the general good with all the energy, the inventiveness and the eager initiative that belonged to them.“

Und auch seine sonstigen Empfehlungen lassen nur darauf schließen, daß er an eine Umformung des menschlichen Charakters und an die Umgestaltung der traditionellen individuell-wirtschaftlichen Ziele durch Erziehung und Propaganda dachte, um „den sozialen Beweggründen“ zum Sieg über „die Macht erworberner Rechte“ und über „das Profitmotiv“ zu verhelfen . . .

In Wirklichkeit ist Zins der ‚natürliche‘ oder ‚künstliche‘ Tauschwert des Leihgeldes (vgl. S. 4 des Juliusturm-Aufsatzen).

Als solcher unterscheidet er sich grundsätzlich von keinem anderen ‚Tauschwert‘ oder ‚Preis‘. Dementsprechend kann es zwar einen ‚natürlichen Zinsfuß‘ geben, zu dem alle angebotenen Leihgelder restlos Absatz finden, aber keinen, der Vollbeschäftigung anders zu bewirken vermag als irgend ein Lohn oder Profit oder Erzeugnispreis.

Insbesondere unter dem Gesichtspunkte der Einkommensgleichung kann der Zins keine andere Beurteilung finden als jeder andere Leistungspreis, der einen Bestandteil des gesellschaftlichen Geldeinkommens bildet und darum als Kostenbestandteil in das ein geht, was Keynes die „Faktorkosten“ nennt. Ihm in Bezug auf „Veranlassung zur Investition“ eine Sonderstellung einzuräumen bzw. mehr Bedeutung beizumessen als anderen Preisen, geht um so weniger an, als Zinsen zur Kategorie der ‚fixen Kosten‘ gehören, die — im Falle von Unterbeschäftigung — bei der Preisbestimmung überhaupt nicht berücksichtigt zu werden pflegen. Aber auch, weil es selbst bei Leihgeld „dingliche“ und „geldliche“ Nachfrage gibt, die den Absatz in jenen Fällen ‚unelastisch‘ bzw. ‚elastisch‘ machen, wo die Zugehörig-

keit des Zinses zu den fixen Kosten keine Rolle spielt (vgl. S. 282—313, Bd. II meines früheren Werkes).

Unter diesen Umständen erscheint die von Keynes behauptete Art ursächlicher Beziehung von Zins und Beschäftigung nicht gegeben. Diese Tatsache läßt sich am leichtesten dadurch veranschaulichen, daß man sich einesteils das (auf S. 300, Bd. II meines früheren Werkes gebrachte) Beispiel einer sprunghaften Steigerung von Nachfrage und Beschäftigung vor Augen hält, die durch eine Schuhpreissenkung von sh 30/— auf sh 20/— herbeigeführt zu werden vermöchte. Andernteils aber wird sie durch die Unterstellung klar, daß etwa nur die Unternehmer ein zur Bildung von Ersparnissen ausreichendes Einkommen erzielen. Da in diesem Falle überhaupt keine Zinsen erwachsen, wenn sie ihre Überschüsse über den Verbrauch investieren: wie kann angenommen werden, daß eine solche Wirtschaft immer vollbeschäftigt sein, bzw. daß auch nur jedwede Ersparnis zu Investition verwendet werden wird? Macht nicht auch Keynes sich hier jener Sünde schuldig, deren er „die jüngsten Wirtschaftslehren“ mit Recht bezichtigt, nämlich: daß sie

„ein bloßes Gebräu sind, so ungenau wie die anfänglichen Voraussetzungen, auf denen sie beruhen und welche dem Autor erlauben, die Verwicklungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der wirklichen Welt in einem Wust anmaßender und nutzloser Symbole aus dem Gesicht zu verlieren“ (ebendort, S. 252)?

XI.

Wie die Geldmanipulation, so ist auch der Zinsfuß von Keynes nicht als ein direktes Mittel der auf Vollbeschäftigung gerichteten Inlandspolitik betrachtet worden, sondern nur als ein Untermittel der zum direkten und eigentlichen Mittel erhobenen „Veranlassung zur Investition“, deren Schwäche er auf den „Umfang der bestehenden Kapitalanhäufungen“ im Verhältnis zum sinkenden Ertrag des produktiven Kapitals, bzw. auf den daraus resultierenden Hang zurückführte,

„in Zuständen der Vollbeschäftigung mehr als das Äquivalent des erforderlichen Kapitals zu sparen, wodurch Vollbeschäftigung verhindert wird“ (ebendort, S. 311).

Weil es „offensichtlich“ sei,
„daß die tatsächliche Rate der laufenden Investition bis auf den Punkt getrieben wird, auf dem es keine Klasse von Kapitalwerten mehr gibt, deren Grenzleistungsfähigkeit den laufenden Zinsfuß übersteigt“ (ebendort, S. 115),
ergab sich für ihn die Notwendigkeit allmäßlicher Zinsfußsenkung eben aus der Erwägung,
„daß das voraussichtliche Ertragnis, mit welchem die Erzeuger der neuen Investition sich zu begnügen haben, nicht unter den Standard fallen kann, der durch den laufenden Zinsfuß gesetzt wird“ (ebendort, S. 178).

Oder auch mit anderen Worten: Da Keynes nicht gelernt hatte, zwischen Investition und Investition, bzw. zwischen Verbrauchsgut und

Verbrauchsgut zu unterscheiden, glaubte er, es liege in der Natur des technischen Fortschrittes und des Wettbewerbes der Unternehmer, „das voraussichtliche Erträgnis weiterer Hinzufügungen“ in Gestalt des Profits schlechthin rasch fallen zu machen (ebendort, S. 273), so daß „wegen der größeren Kapitalansammlung die Gelegenheiten für weitere Investitionen weniger Reiz bieten, es sei denn, daß der Zinsfuß genügend rasch fällt“ (ebendort, S. 27).

Dem gleichen Erkenntnismangel ist einsteils auch die lediglich in Bezug auf alte Produktionszweige angemessene Unterstellung einer Gesellschaft zuzuschreiben, „die so gut mit Kapital ausgerüstet ist, daß dessen Grenzleistungsfähigkeit Null ist und mit jeder zusätzlichen Investition negativ würde“ (ebendort, S. 182), andernteils die Behauptung,

„daß von zwei gleichen Gemeinwesen mit der gleichen Technik, aber mit verschiedenen Beständen an Kapital, das Gemeinwesen mit dem kleineren Bestand sich vorübergehend einer höheren Lebenshaltung erfreuen mag als das Gemeinwesen mit größerem Bestand; obschon, nachdem das ärmerre Gemeinwesen das reichere eingeholt hat . . . , beide miteinander das Schicksal des Midas erleiden werden. Diese beunruhigende Folgerung stützt sich natürlich auf die Voraussetzung, daß der Hang zum Verbrauch und die Rate der Investition nicht vorsätzlich im sozialen Interesse geleitet, sondern hauptsächlich den Einflüssen des laissez-faire überlassen werden“ (ebendort, S. 184).

Und, nicht zuletzt, liegt derselbe Irrtum auch seiner Anschauung zugrunde:

„Das Graben von Löchern in den Erdboden, bezahlt aus Ersparnissen, wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das reale Einkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren. Es ist aber nicht vernünftig, daß sich ein verständiges Gemeinwesen damit begnügen sollte, von solchen zufälligen und oft verschwenderischen Linderungen abhängig zu bleiben, nachdem wir einmal die Einflüsse verstanden haben, von denen die wirksame Nachfrage abhängt“ (ebendort, S. 184).

In Wirklichkeit würde solches Graben nicht einmal in unserer Robinsonade (vgl. Abschnitt IX) Mehrung oder auch nur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Einkommens zu bewirken imstande sein, falls nicht für Erzeugung von Waren Vorsorge getroffen erscheint, in denen die Nachfrage der Empfänger höherer Einkommen noch nicht befriedigt ist. Im besten Falle könnte es dort also lediglich jene Wirkung zeitigen, die Adam Smith und Robert Malthus von der Anstellung des Haupersonals erwarteten (vgl. die Zitate in II und III dieser Abhandlung).

In Wirklichkeit ist Keynes' Midas-Gleichnis nur aus dem Grunde „beunruhigend“, weil er es auf die undenkbare Voraussetzung stützte, daß eine „den Einflüssen des Laissez-faire überlassene“ Volkswirtschaft es mit der Freiheit des Außenhandels und der Wechselkursbestimmung so halten würde wie die den Einflüssen der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung“ ausgesetzten Gemeinwesen. Andernfalls

hätte nämlich kein Gemeinwesen das Schicksal des Midas zu befürchten, würde das reichere unter gleichen Bedingungen fortgesetzt viel größere Chancen haben, noch reicher zu werden als das ärmere Gemeinwesen.

In Wirklichkeit zeigen alle diese und auch alle seine anderen Äußerungen, daß Keynes das Sättigungsphänomen und die daraus erwachsende Nötigung, neue Bedürfnisse zu entdecken oder hervorzurufen, ihre Befriedigungsmittel zu ersinnen, bzw. aufzufinden, mittels alter oder neuartiger Produktionsmittel entweder im Inland zu erzeugen, oder vermöge Exports überzähligter Inlanderzeugnisse zu freien Wechselkursen aus dem Ausland herbeizuschaffen und zu ausreichend stimulierenden Gewinnsätzen im Inlande zu verkaufen (vgl. Abschnitt IV), überhaupt nicht beachtete.

In Wirklichkeit hat er „die Einflüsse, von denen die wirksame Nachfrage abhängt“, also niemals verstanden. Vielmehr sah auch er — genau wie die von Malthus beanstandeten Ökonomen — die herkömmlichen und die neuartigen Erzeugnisse an, als ob es sich um gleichartige Dinge handelte, bzw.

„as if they were mathematical figures, or arithmetical characters instead of articles . . . , which must of course be referred to the numbers and wants of the consumers“.

Und genau wie sie operierte auch er mit diesen Begriffen, ohne einen Gedanken an „their relation to the wants of the society“ (vgl. das Malthus-Zitat in III) und damit auch an die Tatsache zu verschwenden, daß Erfindungen, wie z. B. das Grammophon oder der Refrigerator just durch die großen Gewinne, die sie verheißen, nicht nur die „Schwäche der Veranlassung zur Investition“ beseitigen, sondern auch die Zahlung hoher Zinssätze ermöglichen.

Was Wunder also, daß Keynes, der sich herausnahm, die Klassiker auf Schritt und Tritt durch geist- und geschmacklose Bemerkungen der folgenden Art herabzusetzen:

„Die Arbeiter sind daher glücklicherweise . . . instinktiv vernünftigere Wirtschaftler als die klassische Schule“ (ebendort, S. 12). „Der berühmte Optimismus der traditionellen ökonomischen Theorie, der dazu geführt hat, daß alle Ökonomen als Candides angesehen werden, die lehren, daß alles aufs beste in dieser besten der möglichen Welten eingerichtet ist, wenn nur alles sich selbst überlassen bleibt“ (ebendort, S. 29). „Die Rolle, die von den orthodoxen Ökonomen gespielt wurde, deren gesunder Menschenverstand nicht ausreicht, ihrer falschen Logik entgegenzuwirken . . .“ (ebendort, S. 295). „Die außerordentliche Leistung der klassischen Theorie war, die Anschauungen des natürlichen Menschen zu überwältigen und zugleich falsch zu sein“ (ebendort, S. 296).

nicht einmal zur Einsicht in ihre Lehren gelangte, geschweige denn imstande war, die Überlegenheit derselben über seine eigenen Theorien zu würdigen!

XII.

Was hat zu geschehen, „nachdem wir einmal die Einflüsse verstanden haben, von denen die wirksame Nachfrage abhängt“? (vgl. das Zitat im vorigen Abschnitt).

J. M. Keynes antwortete: „Eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition“!

Wer aber in ihn etwa weiter gedrungen hätte: „Wie umfassend ist, ziemlich umfassend?“, der würde sich mit der Erklärung haben abfinden lassen müssen,

„daß nur die Erfahrung zeigen kann, inwieweit der gemeinsame Wille, verkörpert in der Politik des Staates, auf die Vermehrung und Ergänzung der Veranlassung zur Investition gerichtet werden sollte, und inwieweit es gefahrlos ist, den Durchschnittsangst zum Verbrauch anzuregen, ohne auf unser Ziel zu verzichten, dem Kapital innerhalb einer oder zwei Generationen seinen Knappheitswert zu entziehen“ (ebendort, S. 318).

Nachdem Keynes schon in seiner Abhandlung „Vom Gelde“ erwogen hatte:

„In einem sozialistischen System, das mit vollkommener Einsicht und Weisheit geleitet wird, könnte sich die Verteilung der Produktivkräfte durch staatliche Anordnung vollziehen. In einem individualistischen System ist das hingegen nicht möglich“ (S. 239),

ging er in der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung“ daran, ungefähr den folgenden Gedankengang zu entwickeln.

Da nicht erwartet werden könne, daß die bereits erörterten Rezepte für eine Geld-, Bank-, Lohn-, Außenhandels-, Inland- und Erziehungspolitik sich in der freien Wirtschaft verwirklichen lassen, bleibe kein anderer Weg zur Stärkung der „Veranlassung zur Investition“ offen, als diese Veranlassung von Zins, bzw. von Profit und damit zugleich auch vom „privaten Urteil unwissender oder spekulativer Einzelner“ unabhängig zu machen.

Nur der Staat verfüge über die hierzu erforderlichen Kenntnisse und Zwangsmittel. Er allein vermag, wie es nottue, „die Rate der Investition im sozialen Interesse zu leiten“ und

„eine Gesamtmenge der Erzeugung festzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt“.

Er allein sei imstande, die Erkenntnis zu nützen,

„daß Maßnahmen für die Wiederverteilung der Einkommen in einer Art, die den Hang zum Verbrauch wahrscheinlich erhöhen wird, sich als unbedingt günstig für das Wachstum von Kapital erweisen können“ (ebendort, S. 314).

Er allein habe die Macht, durch Anregung des Verbrauches mittels entsprechender Bank-, Zins-, Lohn-, Geldschöpfungs- und Steuerpolitik „und teilweise vielleicht durch andere Wege“ selbst dann

„ein höheres Niveau der Beschäftigung zu sichern, wenn es unmöglich ist, die Investition wesentlich zu vermehren“ (ebendort, S. 275 u. 318 f.).

Ja Keynes macht sich und uns sogar „darauf gefaßt“, daß diese Sicherungsmittel allein nicht genügen und daß der Staat, „der die Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen Wohls berechnen kann, eine immer wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investition übernehmen wird“ (ebendort, S. 138).

Insbesondere wenn es gilt, zwecks „Erstreckung des Hanges zum Verbrauch über eine gewisse Zeit“ jene Investitionen durchzuführen, die ungeachtet ihres negativen Ertrages

„vorteilhaft sind in dem Sinne, daß sie für das Gemeinwesen als Ganzes die Befriedigung aufs Höchstmaß steigern würden“ (ebendort, S. 138 u. 271)!

Aber ist nicht besonders die zuletzt angeführte Funktion des Staates auch mit der Freiheit der Wirtschaftenden völlig vereinbar, daß sie — gemäß den Laissez-faire-Grundsätzen sogar zu den Pflichten des Staates gehört? (vgl. das Adam-Smith-Zitat in Abschnitt II). Hat übrigens nicht auch Jeremy Bentham für den Fall „of a temporary stagnation of trade, which leaves vast numbers at a time without employment, and without subsistence public works“ empfohlen:

.... For example, digging of canals, deepening of harbours, marking of roads, building of fortifications. The kind of work must be such as requires no skill (Commonplace Book Of 1776, in „Economic Writings“, I. p. 13)?

Würde durch Beseitigung des ‚Profitmotivs‘ nicht auch dessen Funktion zerstört werden, Mangel und Überfluß aufzuspüren und ihre Beseitigung in die Wege zu leiten?

Was berechtigt zur Erwartung, daß Verstaatlichung der Investition dem Vollbeschäftigungszweck überhaupt, geschweige denn besser dient als das bisherige Verfahren? Was, daß staatliche Funktionäre, die den durch ihre Verfügungen verursachten Schaden der Allgemeinheit aufbürden, der Investitionsaufgabe besser gewachsen sind als Unternehmer, die ihr Vermögen riskieren? Warum sollte nicht jeder vom privaten Unternehmer begangene Fehler auch dem staatlichen unterlaufen?

Und vor allem: Kann der Zweck „Vollbeschäftigung“ die Aufhebung individueller Freiheiten, bzw. eine Entrechtung der Wirtschaftenden rechtfertigen?

Man sucht in der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung“ vergeblich nach einer Erörterung der zwei ersten Fragen.

Betreffs der dritten findet eine Umkehrung der Beweislast statt. Anstatt nämlich darzutun, daß die Schwierigkeiten, die sich der privaten Investitionstätigkeit entgegenstellen, bei der staatlichen entfal-

len, erörtert Keynes die gegen „die Investitionstätigkeit öffentlicher Behörden“ vorgebrachten Einwendungen, wie folgt:

„Was wollt ihr tun, so wird gefragt, wenn ihr alle Häuser und Straßen und Stadthallen und Elektrizitätswerke und Wasserwerke usw. gebaut habt, die die stabile Bevölkerung der Zukunft aller Erwartung nach benötigen kann? Aber es wird nicht so leicht verstanden, daß dieselbe Schwierigkeit auch für private Investition und industrielle Ausdehnung gilt.“

Zur letzten Frage aber wird uns von Keynes bedeutet, daß zwar diese Art „Ausdehnung der Regierungsaufgaben einem Publizisten des 19. Jahrhunderts als schrecklicher Eingriff in die persönliche Freiheit“ erschienen wäre. Tatsächlich aber sei es just im Interesse dieser Freiheit gelegen,

„die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben: ihr Versagen für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen“ (ebendort, S. 314)

zu beseitigen, zumal

„der Individualismus, wenn er von seinen Mängeln und Mißbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit in dem Sinne bildet, daß er im Vergleich zu anderen Systemen das Feld für die Ausübung der persönlichen Auswahl stark erweitert. Er ist auch die beste Gewähr für die Vielseitigkeit des Lebens, die gerade aus diesem weiten Feld der persönlichen Auswahl hervorgeht, und deren Verlust der größte aller Verluste des... totalen Staates ist. Denn diese Vielseitigkeit bewahrt die Überlieferungen, welche...; sie färbt die Gegenwart mit der Abwechslung ihrer Phantasie... Magd der Erfahrung... mächtigstes Mittel, um die Zukunft zu bessern“ (ebendort, S. 320f.).

Es gehe eben nicht bloß um Realisierung des Vollbeschäftigungspostulates! Davon abgesehen aber bilde die empfohlene Erweiterung der Staatsfunktionen

„sowohl das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch... die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des Einzelnen“ (ebendort, S. 321).

In der Tat werde

„immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung bleiben“,

innerhalb dessen „die überlieferten Vorteile des Individualismus immer noch Geltung“ haben werden (ebendort, S. 20). So stehe dem Wirtschaftenden z. B. immer noch die Wahl zu, sich

„zwischen dem Verbrauch seines Einkommens und dem Auftrag für die Erzeugung des spezifischen Kapitalwertes zu entscheiden, der ihm, obwohl vielleicht auf sehr fragwürdiger Beweisgrundlage, als die verheißungsvollste unter den erreichbaren Investitionen erscheint“ (ebendort, S. 136).

Und noch immer werde ihm auch freistehen,

„sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es zu einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen. Er würde lediglich in der Lage von Popes Vater sein, der, als er sich vom Geschäft zurückzog, eine Kiste voller Goldstücke mitnahm... und aus ihr seine Ausgaben für den Haushalt... bestritt“ (ebendort, S. 185).

Aber der Gipfel dieser ungewollten (und darum von keinem inneren Lachen ihres Autors begleiteten) Ironie wird erkennen, wenn Keynes allen Ernstes versichert, seine Theorie der Produktion als Ganzes könne

„viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter den Bedingungen des freien Wettbewerbes und eines großen Maßes von laissez-faire erstellten Produktion“ (Vorwort zur deutschen Ausgabe)

und daß dies „einer der Gründe ist“, welche rechtfertigen, seine Beschäftigungstheorie eine „allgemeine“ zu nennen.

Im Vorwort meines früheren Werkes vertrat ich den Standpunkt, daß die eigentliche Bedeutung der Freiheit und ihres Schutzes nicht in ihrer wirtschaftlichen Zweckdienlichkeit liege. Nicht weil Freiheit, so heißt es dort,

„der Gattung besser dient als Zwang, indem die Menschen viel mehr Elan entfalten . . ., wenn ihnen scheint, daß sie nach eigenem Sinn leben, fordert der wahre Liberalismus Freiheit und Freiheitsschutz. . . Entscheidend allein ist vielmehr, daß er den im Freiheitsbegriffe ausgedrückten Zustand als einen der obersten Werte, die Abhängigkeit von fremdem Willen aber als eines der schlimmsten Übel betrachtet. Weil alle die Freiheit lieben und den Zwang hassen, ist die Behauptung:

„Die Freiheit ist immer nur Mittel zum Zweck des allgemeinen Wohls, und das allgemeine Wohl allein darf den Ausschlag für die Entscheidung geben“ (F. v. Wieser, Recht und Macht),
unrichtig, hat es keinen Zweck zu geben, demzuliebe das Freiheitsgesetz außer Kraft gesetzt werden dürfte, muß bei Berücksichtigung „des allgemeinen Wohls“ vor allem anderen berücksichtigt werden,

„daß Gott den Menschen nicht als Konsumenten und Produzenten erschaffen hat, und daß das Lebensmittel nicht Lebenszweck ist“ (Karl Kraus).“

Zur Frage der behaupteten wirtschaftlichen Zweckdienlichkeit aber stellte ich im 14. Kapitel des gleichen Werkes fest:

„Eine allgemeine Theorie der Beschäftigung, der gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise nichts Besseres einfällt als die Empfehlung, „die Verteilung der Produktivkräfte durch staatliche Anordnung zu vollziehen“ und sich auf die Einsicht und Weisheit der Anordner zu verlassen, ist keine Wissenschaft.“